Einzelpreis 40 Pfg. · 4. Jahrgang

Die „Freiheit" erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unser Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8–9

Mittwoch, 9. November 1921

Nummer 525 · Morgen-Ausgabe

Die neungespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 4.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Kampf des Proletariats

Die große Stunde

Drei Jahre sind es heute, als der über Mitteleuropa hinbrausende Revolutionssturm die scheinbar für Jahrhunderte festgefügten Monarchien fortfegte und den unterdrückten Völkern die Macht in die Hand gab. Die alte Prophezeiung von Friedrich Engels rechtfertigte sich, daß der nächste große europäische Krieg, der ein Weltkrieg sein würde, damit abschließen werde, daß die Kronen dutzendweise über das Straßenpflaster rollen und daß niemand sich finden werde, der sie aufheben wollte. Leider rechtfertigte sich nicht seine Erwartung, daß dieser Zusammenbruch auch den unmittelbaren Auftakt bilden würde zur sozialen Revolution des Proletariats. Die große Stunde fand nicht nur eine aus allen Fugen gehende Wirtschaft vor, die durch die Schuld der herrschenden Klassen bis an den Rand des völligen Ruins gebracht worden war, sie fand auch, statt einer einheitlichen revolutionären Gesellschaftsklasse, eine innerlich zerrissene, geistig unvorbereitete Arbeiterklasse, deren Führerschaft, mit wenigen Ausnahmen, hin- und herschwankte zwischen unfruchtbarer Revolutionsromantik und philisterhafter Anpassung an bürgerlich-reformistische Gedankengänge. So nur erklärt es sich, daß die Novemberrevolution nicht den Auftakt bildete zum planmäßigen Aufbau des sozialistischen Staates, sondern — nach dem sechswöchigen Versuch der Zusammenarbeit der unabhängigen und rechtssozialistischen Volksbeauftragten — ausmündete in einen Krieg innerhalb des Proletariats selbst, der die wichtigsten Errungenschaften der Revolution wieder zunichte machte.

Was war die Folge dieses unseligen Bruderkampfes? Während auf der einen Seite große Schichten des Proletariats, erbittert über den wirtschaftlichen Niedergang und das reaktionäre Treiben der bürgerlichen Republik, jedes Maß für politische Realitäten verloren und dem Phantom einer Räterepublik nach russischem Muster nachjagten, degradierten sich nicht minder breite Schichten der Arbeiterklasse zu Handlangern der Reaktion, die, ohne es vielleicht selbst zu merken, die kapitalistischen Klassen sehr bald wieder an die Macht brachten. Sie hatten — neben vielem anderen — auch die grundlegende Lehre von Marx vergessen, daß „in altzivilisierten Ländern mit entwickelter Klassenbildung, mit modernen Produktionsbedingungen und mit einem geistigen Bewußtsein, worin alle überlieferten Ideen durch jahrhundertelange Arbeit aufgelöst sind, die Republik überhaupt nur die politische Umwälzungsform der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet und nicht ihre konservative Lebensform". In ihrer Abwehr kommunistischer und monarchistischer Umsturzversuche knieten sie vielmehr vor dem Götzen der bürgerlichen Republik, die für sie aus einem Mittel des proletarischen Befreiungskampfes zum Selbstzweck geworden war, und schufen so mit eigenen Händen jenen liberalen Nachtwächterstaat, der statt der verheißenen Sozialisierung die Stinnesierung der Politik und Wirtschaft gebracht hat.

Es ist bereits zu einem Gemeinplatz geworden, daß das Maß der politischen Macht, die eine Klasse ausübt, von dem Grade der wirtschaftlichen Macht abhängt, die diese Klasse im Produktionsprozeß besitzt. Die Entwicklung der Machtverhältnisse in Deutschland in den letzten drei Jahren bietet eine neue Bestätigung dieses Satzes. Während sich die verschiedenen Arbeiterparteien über die Frage der besten Staatsform gegenseitig die Köpfe einschlugen, eroberte die Bourgeoisie auf wirtschaftlichem Gebiet Schritt um Schritt das verlorene Terrain wieder zurück, ja sie eignete sich, begünstigt durch ihre größere Bewegungsfreiheit in der demokratischen Republik nicht minder aber auch durch die eigenartige Entwicklung auf dem Weltmarkte, eine Machtfülle an, die sie in solchem Umfange nie besessen hatte. Die natürliche Folge dieser Entwicklung war eine ständige Zunahme des politischen Einflusses der Bourgeoisie. In dem Maße wie die Großindustrie in vertikaler und horizontaler Richtung vertrustet und syndiziert wurde, in dem Maße wie die Herren Stinnes, Klöckner, Hugenberg usw. sich zu Alleinherrschern über das deutsche Wirtschaftsleben machten, verfiel auch die deutsche Politik dem steigenden Einfluß der vom Großkapital ausgehaltenen und von der Stinnespresse unterstützten bürgerlich-kapitalistischen Parteien. Zu den Machtstellungen des alten junkerlichen Obrigkeitsstaates, die in Form zahlreicher wichtiger Posten in der Regierung, Verwaltung, Justiz usw. erhalten geblieben waren, kamen nun die neuen wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen des Großkapitals hinzu. In der „freiesten Republik der Welt" wurde die Herrschaft des Kapitals aufs neue befestigt.

Diese Herrschaft des Kapitals, die bereits die Form einer Diktatur angenommen hat, wirkt um so verhängnisvoller, als sie, unter den heutigen Bedingungen der internationalen Politik, die Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln in sich birgt. Helfferich und seine Leute haben offen erklärt, daß sie den Augenblick für gekommen erachten, um die Politik des „nationalen Widerstandes" zu organisieren. Da die Politik der monarchistischen Putsche, der geheimen Militärverschwörungen, der Landsknechtsabenteuer und der politischen Meuchelmorde vorläufig keine Aussicht auf Erfolg hat, versuchen es die deutschnationalen Katastrophenpolitiker mit einer großangelegten Sabotage der Steuerpolitik, die zum finanziellen und politischen Bankrott der Republik führen soll. Die Wortführer dieser Politik geben sich als die Verteidiger der „nationalen Interessen" Deutschlands aus, die der Erfüllungspolitik ein Ende machen wollen, um die Produktionsmittel der deutschen Wirtschaft vor dem Zugriff des Ententekapitalismus zu retten. In Wirklichkeit vertreten sie lediglich die nackten Profitinteressen des großen Grundbesitzes und des Kapitals, die zehnmal lieber bereit sind, sich mit den ärgsten Landesfeinden zu verständigen, als die eigene Regierung an „ihre" Sachwerte heranzulassen.

Selbst von bürgerlicher Seite wird jetzt zugegeben, daß die Vertreter der Schwerindustrie und des Großkapitals es sind, die „die Hand an der Gurgel des Staates" halten und hinter den Kulissen des Staates die Politik und das Steuersystem soweit beherrschen, daß gegen ihren Willen nichts unternommen werden kann. („Berl. Tagebl." Nr. 511, 5. Nov.) Diese Macht nutzt das große Kapital nicht nur dazu aus, um die Arbeiterklasse immer mehr in die Defensive zu drängen, sie durch ihre wahnwitzige Wirtschafts- und Finanzpolitik dem zermalmenden Elend auszuliefern, es verbündet sich zugleich mit allen Mächten der Reaktion: mit dem Nationalismus, Monarchismus und Militarismus, um im geschlossenen Frontalangriff die letzten republikanischen Freiheiten und sozialpolitischen Errungenschaften zu beseitigen.

Wenn die Arbeiterklasse ihre Kraft zusammenfaßt, um gegen diese Bestrebungen anzukämpfen, so tut sie es nicht nur, um die neue Kriegsgefahr abzuwenden, den Frieden zu erhalten und das arbeitende Volk vor noch größerem Elend und Unheil zu bewahren, sondern auch, um durch die Aufrechterhaltung der Republik die relativ günstigsten Bedingungen ihres sozialen Befreiungskampfes zu sichern. Jetzt steht das Proletariat an allen Punkten in schwerem Abwehrkampf. Diese Periode kann aber nicht von langer Dauer sein. Die unheimlich zugespitzten Klassengegensätze drängen zur Entladung. Die gewaltigen Probleme der deutschen Wirtschaft, die von weittragender Bedeutung für das gesamte internationale Wirtschaftsleben sind, heischen eine Lösung. Die bürgerliche Politik ist unfähig, irgendeine Lösung zu geben. Der Staat, durch das ungehemmte Spiel der kapitalistischen Kräfte fast aller seiner Machtvollkommenheiten entkleidet, steht den gewaltigen Aufgaben ohnmächtig und ratlos gegenüber. Nur die Arbeiterklasse, als die Vertreterin der großen ausgebeuteten Mehrheit des Volkes, kann hier Wandel schaffen, indem sie mit fester Hand die Zügel des Staates ergreift und die demokratische Republik mit schöpferischem sozialistischen Inhalt erfüllt.

Drei Jahre fortgesetzter Kämpfe, drei Jahre, reich an Irrtümern und Fehlschlägen, haben der sozialistischen Avantgarde des deutschen Proletariats die Erkenntnis eingepaukt, daß weder die Politik der Ueberrumpelung des bürgerlichen Staates, noch die der Ueberlistung des Gegners, durch zeitweiliges Paktieren mit ihm, zum Ziele führen kann. Noch ist allerdings die geistige Krise, die die Schlagkraft des deutschen Proletariats lähmte, nicht ganz überwunden. Noch stehen der Märzputsch und der Görlitzer Parteitag als weit sichtbare Warnungszeichen an dem Golgathaweg des deutschen Proletariats. Aber dennoch ringen sich immer breitere Kreise der Arbeiterklasse zu der Erkenntnis durch, daß sie nur durch geschlossene Abkehr von dem einen und dem anderen Irrweg die ihr innewohnenden Energien zur Auslösung bringen und ihre zusammengeballte Kraft in die Wagschale der Geschichte werfen können.

Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn die Arbeiterklasse, enttäuscht durch die bisherigen Fehlschläge und Niederlagen, sich resigniert in ihr Schicksal fügen und der Gleichgültigkeit verfallen würde; nichts wäre gefährlicher, als wenn sie unter dem Eindruck der Tatsache, daß sie nicht gleich zur Herrschaft gelangte, auf jeden weiteren Kampf verzichten und sich schlafen legen würde. Wir sagen vielmehr: Ja, wir haben eine Schlacht verloren, wir haben Niederlage nach Niederlage erlitten und Fehler auf Fehler gehäuft. Wir haben unsere eigene Macht durch den Bruderkampf vernichtet und eine Stellung nach der anderen den Feinden preisgegeben. Aber wir verlieren trotzdem den Mut und die Zuversicht nicht! Wir wissen, daß die ökonomische Entwicklung für uns arbeitet. Wir sehen, wie Tausende von Köpfen und Händen in mühseliger Kleinarbeit eifrig am Werke sind, um unsere Stellungen zu behaupten und unsere künftigen Siege vorzubereiten. Und darum wiederholen wir heute, am dritten Jahrestag der Novemberrevolution, erfüllt von felsenfester Zuversicht in die Notwendigkeit unseres Aufstieges und Endsieges, Freiligraths Wort, das er die Revolution sprechen läßt:

Ich war, ich bin, ich werde sein!

„Die Ergreifung der Staatsgewalt durch das Proletariat, d. h. durch eine große Volksklasse, läßt sich vor allem nicht künstlich herbeiführen. Sie setzt von selbst, abgesehen von Fällen, wo, wie in der Pariser Kommune, die Herrschaft dem Proletariat nicht als Ergebnis seines zielbewußten Kampfes, sondern ausnahmsweise alles von allen verlassenes herrenloses Gut in den Schoß fällt, einen bestimmten Reifegrad der ökonomisch-politischen Verhältnisse voraus. Hier liegt der Hauptunterschied zwischen blanquistischen Staatsstreichen einer „entschlossenen Minderheit", die jederzeit wie aus der Pistole geschossen und eben deshalb immer unzeitgemäß kommen, und der Eroberung der Staatsgewalt durch die große und zwar klassenbewußte Volksmasse, die selbst nur das Produkt eines beginnenden Zusammenbruches der bürgerlichen Gesellschaft sein kann, deshalb in sich selbst die ökonomisch-politische Legitimation ihrer zeitgemäßen Erscheinung trägt."

Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution?

Revolutionäre Militärpolitik

R. S. Die Lüge vom Dolchstoß in den Rücken der glorreichen kaiserlich-ludendorffschen Armee wird immer noch verbreitet und geglaubt. Sie wird gepflegt von denen, die, den blanken Dolch gezückt, bereitstehen, um den Stoß in den Rücken der Republik zu führen. Alle logischen Beweise gegen jene Lüge helfen nichts, solange in Deutschland eine politische Macht existiert, die von der Lüge und insbesondere von der Dolchstoßlüge lebt. Und sie existiert in der Tat. Sie wird gebildet von den letzten Marodeuren der schmählich geschlagenen kaiserlichen Armee, die sich nicht nur in unterirdischen Verschwörungen organisieren, sondern in der Reichswehr ihren Sitz und ihre politische Machtposition haben. Sie bilden noch immer eine Bedrohung der Republik, und die deutsche Revolution — oder doch zum mindesten die Regierungen des ersten Revolutionsjahres haben sich diese Bedrohung selbst geschaffen. Sie haben damit der gesamten Reaktion in Deutschland den Kristallisationskern gegeben. Das ist das tragische Los der deutschen Revolution, und die Unverfrorenheit, mit der die Dolchstoßlüge immer wieder vorgetragen wird, ist nur ein Symbol für die Kühnheit jener Kreise.

Anders in Deutschösterreich. Gewiß, dieses Land steht wirtschaftlich noch schlechter da als Deutschland. Gerade jetzt erscheinen uns Deutschösterreichs wirtschaftliche Zustände wieder als die entsetzliche Aussicht, die auch für Deutschland Tatsache werden wird, wenn die von der Bourgeoisie betriebene Politik der Sabotage den Staats- und vor allem den Steuerkarren weiter bergab rutschen läßt. Aber das ist nicht die Schuld der Männer und Parteien, die Deutschösterreich durch die Jahre seit 1918 hindurchgesteuert haben. Das ist das Schicksal, dessen Lose im Obersten Rat der Sieger geworfen werden. Im Innern war die Revolutionspolitik in Deutschösterreich klüger und erfolgreicher als in Deutschland. Auch dafür ist die Militärpolitik des kleinen Landes ein Symbol.

Die Revolution in Mitteleuropa, in Deutschland wie in Deutschösterreich, hatte ein furchtbares Erbe zu übernehmen. Unter der Erbmasse befand sich ein besonders unheilbringendes Stück: die geschlagene, von den Fronten zurückflutende Armee. Ganz erfüllt von jenem alteingesessenen militaristischen Geist, der wie eine zähe Masse undurchdringlich ist, geführt von eingeschworen reaktionären Offizieren, gebildet von zahllosen jungen, politisch völlig ungeschulten Soldaten, zum Teil von abenteuerlichen Gestalten, war diese Armee als politischer Faktor in der neuen revolutionären Situation zwar von größter Bedeutung, aber zugleich ganz unberechenbar. Wenn irgendwo, so konnte sich der politische Weitblick der Parteien und Männer der Revolution in der Behandlung dieser Erscheinung bewähren.

In Deutschösterreich hat er sich bewährt, in Deutschland nicht. Das erkennen wir, wenn wir mit den Aufzeichnungen

bekannt werden, die Julius Deutsch, der Staatssekretär für das Heereswesen im revolutionären Deutschösterreich bis zum Aufhören der sozialdemokratisch-christlichsozialen Koalitionspolitik, in seinem Buche „Aus Oesterreichs Revolution" veröffentlicht hat. *)

Leitend für die Militärpolitik des Genossen Deutsch und seiner Freunde, die identisch ist mit der Militärpolitik der österreichischen sozialdemokratischen Partei und der revolutionären Arbeiterschaft Deutschösterreichs, war der Gedanke, daß so schnell wie möglich eine zuverlässige republikanische Wehr gebildet werden müsse. Deutsch und seine Gehilfen wendeten sich gleichermaßen gegen einen falschverstandenen Pazifismus, der die Revolution militärisch auf ein Nichts zu stellen dachte, wie gegen das Kriegsgeheul der Anhänger der „Roten Armee", die die Revolution mit Blut und Eisen über die Grenzen tragen sollte. Sein Ziel war nicht ein Heer des Krieges, denn mit keiner Armee, wie immer sie beschaffen gewesen wäre, hätte Deutschösterreich in seiner politischen Lage einen Krieg führen können und dürfen. Deutsch wollte eine innere Wehr der Revolution, als Schutztruppe der Republik und als Machtmittel der Arbeiterklasse.

Sein Werk ist ihm durchaus gelungen. Es konnte gelingen, weil die Militärpolitik Deutschösterreichs vor allem anderen darauf bedacht war, die neue Armee völlig getrennt von der alten entstehen zu lassen.

„In Wien und in anderen Städten Deutschösterreichs erwarteten so manche besitzenden Kreise mit Sehnsucht die Rückkehr der Fronttruppen, von denen sie glaubten, eine Wiederherstellung der alten Ordnung erhoffen zu dürfen", schreibt Julius Deutsch (Seite 23).

Aber in Deutschösterreich warteten sie vergebens. Die Militärpolitik des Staatssekretärs wurde streng in zwei Teile getrennt: schnelle Demobilisierung der Armee, beschleunigter Aufbau der Volkswehr. Die aus dem Felde zurückkehrenden Soldaten durften sich nicht wieder am Standort ihrer Formationen sammeln, sondern wurden sofort entlassen. So blieben die Offiziere, deren Abfertigung langsamer vor sich ging, ohne Armee, und ehe noch die Bourgeoisie zu neuem Mut und politischem Machtbewußtsein erwachte, war ihr wichtigstes Machtmittel zerstört und in alle Winde zerstreut. Die „überstürzte Demobilisierung" wurde natürlich von der bürgerlichen Meute trotz aller Verschüchterung, in der sie sich noch befand, heftig bebellt, aber die Sozialdemokraten blieben bei ihrem Grundsatz: „Die Kader der alten Habsburgerarmee durften nicht zum organisatorischen Grundstock der neuen republikanischen Wehrmacht werden" (Deutsch, Seite 22).

In Deutschland dagegen wurden die zurückflutenden Geschlagenen nicht nur mit allen Ehren empfangen und am Brandenburger Tor mit Achtung begrüßt, sondern sie durften im ganzen Lande und besonders rings um Berlin ihre Heerlager aufschlagen. Und als im Januar 1919 die Unruhen ausbrachen, da wurden die bereitstehenden Horden von Noske gerufen und gegen die Arbeiter, gegen die Revolution geführt. Die Niederlage der Arbeiter im Januaraufstand war der erste große Sieg der von Noske gestärkten Konterrevolution in Deutschland, und die „Sieger" empfingen ihren Lorbeer aus der Hand rechtssozialistischer Minister und Volksbeauftragter. In aller Kirchhofsruhe wurde sodann die Reichswehr von konterrevolutionären Offizieren aus den Trümmern der alten Armee gebildet. Damit war die Todsünde an der deutschen Revolution begangen.

Oesterreich aber schuf seine Volkswehr nicht aus den Marodeuren der kaiserlichen Truppen, auch nicht aus dem Einflußkreis der ersten Soldatenräte, die doch nur die konzentrierte Essenz jener politischen Unberechenbarkeit der heimkehrenden Heeresmassen bildeten, und auch nicht aus den Haufen der Aufgeregten, die das „Weitertreiben der Revolution" um jeden Preis und mit jedem Mittel forderten, sondern aus den Massen und aus dem Geist der geschulten sozialdemokratischen Arbeiterschaft Deutschösterreichs.

Noch vielerlei ließe sich nach den Aufzeichnungen Deutschs über die Militärpolitik der Revolution in Oesterreich erzählen. Aber dieses ist der Kern und der leitende Grundsatz wie der Schlüssel zum Erfolg der Arbeit des Staatssekretärs und seiner Freunde. Und dieser Leistung verdankt es die deutschösterreichische Republik, daß sie viel weniger innere Erschütterungen erlebt hat als die deutsche.

Ganz ging es natürlich nicht ohne innere Unruhen ab, aber sie wurden durchweg von links veranlaßt, nicht von rechts. Auch darüber berichtet Deutsch. Wir erfahren aus seiner Darstellung, daß die kommunistische Bewegung in den entscheidenden Stadien der Revolution in Deutschösterreich durchaus nicht schwächer gewesen ist als in Deutschland. In den Vollzugskörperschaften der Arbeiter- und Soldatenräte, die in Oesterreich getrennt voneinander existierten, war der Einfluß der Kommunisten zeitweise sogar so groß, wie in Deutschland nie an entscheidender Stelle. Die kommunistische Partei erlangte in Deutschland den Höhepunkt ihres Einflusses erst in dem Augenblick, da auch schon ihr endgültiger Verfall einsetzte, nämlich nach der Spaltung der U. S. P. Dagegen bestand der große Einfluß der Kommunisten in Oesterreich in einer weitaus kritischeren Situation, und zwar im Jahre 1919, als Deutschösterreich zwischen den Räterepubliken Ungarn und Bayern eingeklemmt dastand. Auch das Schreckgespenst des Kommunismus kann also nicht als Entschuldigung für die Militärpolitik Noskes gelten.

Kurz und gut: zwischen Deutsch und Noske, zwischen den politischen Methoden, die durch die beiden Namen verkörpert werden, dehnt sich ein Abgrund. Ein Abgrund, so tief und so weit wie die Kluft zwischen politischer Klugheit neben proletarischer Willensstärke und grenzenloser Dummheit neben charakterloser Unterwürfigkeit. Deutsch hat sich führend an die Spitze einer proletarisch-sozialistischen Militärpolitik gestellt und die Republik gesichert. Noskes subalterner Geist hat sich feige vor dem Willen konterrevolutionärer Offiziere geduckt und die Republik gefährdet. Es ist nicht wahr, daß ihn die Uneinigkeit des Proletariats auf diesen Weg getrieben hat, aber er gehört zu denen, deren Tat der Einigung des Proletariats die schlimmsten Hindernisse bereitet hat.

*) Dr. Julius Deutsch, Aus Oesterreichs Revolution. Militärpolitische Erinnerungen. Wien 1921. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung.

Die Besetzung des preußischen Wohlfahrtsministeriums. Die preußische Zentrumsfraktion hat für den Posten des preußischen Wohlfahrtsministers nunmehr den Zentrumsabgeordneten im Preußischen Landtag Hirtsiefer in Aussicht genommen. Es steht aber noch nicht bestimmt fest, ob Hirtsiefer, der zur Zeit in Italien weilt, der Berufung zum preußischen Wohlfahrtsminister Folge leisten wird.

Was sofort geschehen muß

Erfassung der Goldwerte — Notmaßnahmen zur Stillegung der Notenpresse

Montag hatte der Verderber der deutschen Finanzen, der gewissenloseste der Kriegsverlängerer, Herr Helfferich, über das deutsche Finanzelend gesprochen. Er sagte dazu dasselbe, was er und seinesgleichen immer über den Krieg gesagt haben: Wir sind unschuldig, die Feinde haben den Krieg gewollt. Sie wollen jetzt keinen Frieden. Wir können nichts machen. Jetzt heißt es: Nur die Reparationsleistungen sind schuld. Wir sind opferwillig, aber alles nützt nichts, der Bankrott ist unaufhaltsam.

Dienstag sprach für unsere Fraktion Genosse Dr. Hertz. In klar aufgebauter Rede, mit voller Beherrschung der Materie rechnete Genosse Hertz mit der Finanzlüge der Deutschnationalen ab, die jetzt an die Stelle der Kriegslüge getreten ist. Er wies die schwere Schuld unwiderleglich nach, die die Besitzenden auf sich geladen haben. Die deutsche Wirtschaft hat sich von den Schäden des Krieges in hohem Maße erholt. Aber der Staat ist krank, weil die Beherrscher der Wirtschaft die notwendigen Heilmittel verweigern. Die Steuern, über deren Unerträglichkeit die Herren von der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei so jammern, sind nur zu einem geringen Teil bezahlt. Sie sind in entwerteter Valuta bezahlt, während die Produktionsmittel und die Erträge ihren Goldwert behalten haben. Aber der größte Teil der Steuern ist ja überhaupt noch nicht erhoben. Während den Arbeitern und Angestellten der zehnprozentige Lohnabzug gemacht wird, sind die Einkommensteuern von 1919, 1920 und 1921 noch nicht einmal veranlagt. Und da wagen es die Deutschnationalen und Volksparteiler, die Sätze der Besitzsteuern als unerträglich hinzustellen und so direkt zur Steuerdefraudation aufzureizen! Dies tun sie, obwohl sie genau wissen, daß die Defraudation einen erschreckenden Umfang angenommen, daß riesige Summen deutschen Vermögens ins Ausland gebracht worden sind, um der Erfassung zu entgehen.

Es ist überaus charakteristisch, mit welcher Wut nicht nur Helfferich, sondern in offen bekundeter Solidarität mit ihm der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Dr. Becker, gegen die wirksamste und deshalb von ihnen so gefürchtete Finanzmaßnahme, gegen die Erfassung der Goldwerte, vorgehen.

Sie führen diesen Kampf mit allen Mitteln, und beide Herren richteten heftige Angriffe gegen den Staatssekretär Dr. Hirsch vom Wirtschaftsministerium, in dem sie einen Verfechter dieser Idee sehen. Sie schraken sogar nicht davor zurück, offenbar entstellte Aeußerungen des Staatssekretärs aus vertraulichen Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses zu zitieren. Es ist die alte konservative Methode, Personen in der Regierung oder Verwaltung, die ihnen unbequem erscheinen, mit jeder Art gehässiger Verleumdung zu Fall zu bringen. An Erzberger hat ja Helfferich sein Meisterstück verübt.

Daß den Deutschnationalen dabei die Deutsche Volkspartei so willig Helfershelferdienste leistet, hat aber auch große politische Bedeutung. Wieder wird von der breiten Koalition im Reiche geredet. Da enthüllt sich die Deutsche Volkspartei als ebenso rücksichtslose Vertreterin der Steuerscheu der Besitzenden, als ebenso grimmige Feindin der Erfassung der Sachwerte wie die Deutschnationalen. Die Rede Beckers zeigt, daß die Deutsche Volkspartei in dieser alles entscheidenden Frage sich völlig mit der Deutschnationalen Partei identifiziert. Es gibt keine schärfere Verurteilung der Koalition mit der Stinnespartei als die Haltung, die die Deutsche Volkspartei in der Steuerfrage einnimmt.

Die Rede unseres Genossen Hertz erhält aber ihre besondere Bedeutung dadurch, daß sie nicht nur eine gründliche Abrechnung mit der bisherigen Steuerpolitik darstellt, sondern darüber hinaus den Ausweg zeigt, der aus dem Finanzelend hinausführt und der deshalb jetzt beschritten werden muß.

Sie war die einzige Rede in der zweitägigen Debatte, die sich nicht auf Kritik beschränkte, sondern konkrete Maßnahmen forderte, die uns aus dem Finanzelend herausführen und die Vollendung der Katastrophe aufhalten können. Im Auftrage der Fraktion stellte Hertz, nachdem er die freche Provokation, die die Industrieherren mit den unerfüllbaren Bedingungen für ihre Kreditaktion verübt haben, aufs schärfste zurückgewiesen hatte, an die Spitze seiner weiteren Ausführungen folgende Forderungen:

1. **Sofortige Erfassung der Goldwerte.** Die Aktiengesellschaften haben 25 Prozent ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft müssen durch eine Steuer in gleicher Höhe belastet werden, deren Erträge der Veränderung des Geldwerts angepaßt sind.

2. **Erhebung des Restes des Reichsnotopfers in drei Raten, deren letzte am 1. Dezember 1922 zahlbar ist.** Die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers ist durchaus möglich. Die Besitzer der kleinen Vermögen haben bereits jetzt ihr Notopfer abgetragen. Vermögen, die nur aus fest verzinslichen Werten bestehen, könnten bis zu einer gewissen Grenze von der Heranziehung befreit werden. Dagegen müssen für die Besitzer von Betriebsvermögen, die bei Erlaß des Gesetzes besonders begünstigt wurden, die Sätze durch einen gewissen Zuschlag erhöht werden. Auch von den Körperschaften müßte die zehnprozentige Abgabe nochmals erhoben werden.

3. **Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer.** Unabhängig von dem fortlaufenden Veranlagungsgeschäft, das erst im Jahre 1922 beendet sein wird, ist die Zahlung der Steuer sicherzustellen. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter oder andere von den Behörden bestimmte Stellen abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 Prozent hinter ihrer Einkommensteuer zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentscheidung des Finanzamtes den Rest mit 5 Prozent Zinsen abzuführen. Ist ihre Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 Prozent zu zahlen.

4. **Sofortige Verabschiedung der Kapitalverkehrssteuer bei Erhöhung der Sätze, insbesondere für die Devisen-Spekulation.**

5. **Erhöhung der Ausfuhrabgaben auf mindestens 15 Prozent und schärfste Erfassung der Auslandsdevisen durch verstärkte Kontrolle der Ausfuhrhandelsstellen.**

Es handelt sich bei dieser Erklärung unserer Fraktion um die Forderung eines Notgesetzes, um eine vorläufige Maßnahme, die der endgültigen Regelung der Finanzen nicht vorgreift, sondern für deren Durchführung die notwendige Zeit schafft. Ihre Verwirklichung würde bedeuten, daß das Reich die notwendigen Mittel erhält, um die nächsten auswärtigen Verpflichtungen erfüllen und die Notenpresse stillegen zu können. Dadurch würde das Sinken des Markkurses verhindert, und damit der furchtbaren Preissteigerung Einhalt getan. Es sind Maßnahmen, die unmittelbar durchgeführt werden können, die so einleuchtend und zweckentsprechend sind, daß nur rücksichtslose Geldsackinteressenten ihnen widersprechen können. Vor allem aber ist der Weg, den unsere Fraktion gezeigt hat, der einzige, der bisher aufgewiesen werden konnte. Denn daß die Finanzmaßnahmen der Regierung absolut unzulänglich sind, daß sie das schon bei ihrer Entstehung waren, als der Dollar noch auf 60 stand, während er jetzt über 300 steht, wird ja im Ernst von niemanden mehr bestritten.

Um so erstaunlicher ist es, daß der provisorische Finanzminister Hermes, der nach unserem Redner das Wort ergriff, nichts dazu zu sagen hatte. Im Gegenteil! Die auffallende Schärfe, mit der er sich gegen die Kritik zur Wehr setzte, die Dr. Braun namens der Rechtssozialisten an dem Finanzprogramm geübt hatte, die Behauptung, daß ja die geplante Vermögenssteuer schon eine Erfassung der Sachwerte bedeute, lassen erkennen, daß dieser Regierungsvertreter jedenfalls weder das Verständnis für das Notwendige besitzt, noch den Willen, es zu vollbringen. Wenn das, was Hermes gestern sagte, wirklich das letzte Wort des Kabinetts ist, dann würde es ein völliges Versagen der Regierung, ein Abdanken vor der Steuerpolitik und damit vor der Gesamtpolitik der Rechten bedeuten. Das wird sich ja recht bald bei der Beratung im Steuerausschuß zeigen.

Für die Arbeiterschaft ist die Situation klar. Sie kann nicht ruhig zusehen, wie der Staat in einen Abgrund gestoßen wird, in den sie mit hineingerissen würde, damit die Eigentümer der Sachwerte im ungeschmälerten Besitz bleiben. Das vorläufige Steuerprogramm, das die Unabhängige Sozialdemokratie dem Reichstag und der Regierung vorgelegt hat, zeigt, daß Rettung noch möglich ist. An der Arbeiterklasse ist es, ihre gesamte Kraft aufzubieten, damit nicht der Wille der Helfferich und der rheinisch-westfälischen Eisenherren ihr als Gesetz auferlegt wird.

Die Rechtspresse in der Revolutionswoche

Wenn man heute das unverschämte Geschrei der reaktionären Zeitungen vernimmt, das so tut, als lebten wir noch in den schönsten Zeiten des Kaiserreichs und die Republik wäre nur die verbotene, heimliche Liebe einiger weniger, wenn man diese tapferen Pressefehden liest, so tapfer in dem Bewußtsein, daß ihnen nichts geschieht, dann ist es nützlich, noch einmal die Berliner Zeitungen jener unvergeßlichen Novembertage zu durchblättern, als die heldenhaften Redakteure der Monarchie aus einem ganz anderen Loche pfiffen.

Die „Deutsche Tageszeitung" schrieb noch am 8. abends unter der Ueberschrift „Schafft Ordnung!": „Furcht ist keine Weltanschauung und Feigheit keine politische Maxime". Am 8. abends hielt sie die Feigheit entweder doch für eine politische Maxime oder sie hatte in 24 Stunden ihren Standpunkt gründlich geändert. „Auch wir," schrieb das Blatt, „die wir aus Gründen des Herzens wie des Verstandes mit allen Fasern an der deutschen Monarchie hängen, haben deshalb doch Verständnis für den parlamentarischen und republikanischen Gedanken." In der schlotternden Angst, der verdienten Strafe nicht zu entgehen, appellierten die Diktatoren von gestern nun an das demokratische Gefühl der Massen und forderten Presse- und Versammlungsfreiheit. „Wir richten darum den dringenden Appell an die Regierung, jede Gewalttätigkeit zu vermeiden und allen Staatsbürgern die persönliche Sicherheit zu garantieren." Für diese Sicherheit waren die Herrschaften gerne bereit, unzeitgemäße Ueberzeugungen schleunigst beiseite zu legen. In einem Artikel vom 15. November, in dem die „Deutsche Tageszeitung" nun die nationale Idee proklamierte, finden sich die folgenden Sätze:

> **„Verschwunden ist die Monarchie, weil die Träger der Monarchie sich persönlich als schwach und unfähig erwiesen, und zwar nicht erst während des Krieges ...** Die Träger der Monarchie sind nicht das gewesen, wofür man sie gehalten hat, sie waren nicht mehr die Führer, die sie hätten sein müssen. Nun ist mit den Personen auch das System verschwunden, welches in geschichtlich gewordener Form den monarchistischen Gedanken in Deutschland verkörperte. **Das System ist endgültig verschwunden, darüber darf man sich nicht im unklaren sein,** gerade unter den Vertretern und Anhängern der in der „Deutschen Tageszeitung" vertretenen Anschauungen."

Auch die „Kreuzzeitung" hielt ihre Umschrift „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland" die sie heute wieder führt, für gefährlich und ließ sie fort. Noch am 8. abends hatte sie geschrieben: „Was können wir also tun? Ein wahrer Preuße legt nicht die Hände in den Schoß und wartet resigniert der Dinge, die da kommen sollen." Aber dann legte die gute „Kreuzzeitung" doch ihre Hände in den Schoß und erklärte resigniert, daß sie keine Worte fände. Erst am 16. nahm sie in einem Leitartikel Stellung, allerdings nicht zu innenpolitischen Fragen.

Auch die „Post" bezeichnete noch am 8. November die Forderung der Sozialdemokratie als Terror. Nach der Desertion Wilhelms zeichnete sie den Entlaufenen also: „Diese Entwicklung ist bezeichnend für die meisten Regierungshandlungen der jüngsten Zeit, ja, für die Herrschaft Wilhelms II. überhaupt. Schwanken und Entschlußlosigkeit in den wichtigsten Dingen, bis ziemlich überraschend ein äußerer Umstand die Entscheidung bringt." Dann verging der „Post" völlig die Sprache, und erst am 15. fand sie sie wieder, und zwar, um der erstaunten Welt mitzuteilen, daß die „Post" ja schon immer gegen den Krieg gewesen sei und im Juli 1914 dagegen protestiert hätte.

Auch die offizielle „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hieß 72 Stunden „Die Internationale", bis die alte Redaktion das Blatt wieder übernahm und mit folgenden Worten verkündete, daß sie nie eine eigene Meinung gehabt hätte und sich auch keine anzuschaffen gedenke.

> „Die alte Schriftleitung wird nun in Uebereinstimmung mit den verantwortlichen Männern der Regierung weiter arbeiten. Die Zeitung soll und wird dieser helfen, ihre Aufgaben so zu lösen, wie es dem Wohle des Ganzen entspricht. Zweierlei vor allem stellt sich die Schriftleitung als Richtlinien, einmal will sie wie bisher der Oeffentlichkeit in sachlicher Darlegung zuverlässige Mitteilungen machen von den Maßnahmen und Zielen der Regierung und der Verwaltungsstellen. Zum andern aber wird sie alle geistigen Kräfte aufrufen zur Mitarbeit an dem neuen Deutschland, die nicht brach liegen dürfen."

Dieser Aufruf zur „Mitarbeit an dem neuen Deutschland" endete bekanntlich damit, daß sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung" zum Hauptorgan der Stinnes-Partei entwickelte. Ein Symbol des „neuen Deutschland".

Die europäische Katastrophe

Am Vorabend der Konferenz von Washington läßt der frühere italienische Ministerpräsident Nitti ein Buch erscheinen „Das friedlose Europa", in dem nach einer scharfen, sachlichen Kritik der Nachkriegspolitik der Großmächte eingehende Vorschläge für die Förderung des wirklichen Friedens gemacht werden. Nitti bezeichnet die Friedensverträge als eine Form der Fortsetzung des Krieges. Diese Verträge seien nicht der Friede, nicht einmal das Gleichgewicht, sie seien die Verneinung aller Grundsätze der Gerechtigkeit, welche die Entente während des Krieges proklamiert hatte.

Er weist ferner darauf hin, daß Europa heute viel mehr Menschen unter den Waffen hat, als vor dem Kriege.

Von besonderer Wichtigkeit sind Nittis Ausführungen über die Verschuldung der Länder. Er sagt nach dem vorliegenden Auszug:

Frankreich und Italien sind nicht in der Lage, ihre Schulden an die Alliierten zu bezahlen, und nicht einmal die Zinsen. Aber man gibt sich in Europa noch den Anschein zu glauben (und die Oeffentlichkeit läßt sich in gewissen Ländern täuschen!), daß die besiegten Länder, die einen großen Teil ihrer Einnahmequellen verloren haben, beträchtliche Entschädigungen zahlen können.

Eine umfangreiche Untersuchung widmet Nitti der **Frage der von den besiegten Ländern zu leistenden Entschädigungen,** wobei er die ganze Entstehungsgeschichte der verschiedenen Projekte für diese Entschädigungen wiedergibt. Nach und nach sind die Forderungen kleiner geworden. Heute streben die Finanztechniker danach, im eigenen Interesse der Siegerländer die Höhe der Entschädigungen auf das Minimum zu beschränken.

Nitti übt schärfste Kritik an der Politik, die Frankreich gegenüber Deutschland treibt und fährt fort:

Dadurch, daß die Lage der besiegten Länder sich immer mehr verschlimmert und die wirtschaftliche Einheit Europas immer weiter zerfällt, reißen die besiegten Länder die Sieger in ihren Sturz hinein, während die angelsächsischen Völker, die außerhalb des europäischen Kontinents stehen, sich noch mehr von der festländischen Politik losmachen.

Nitti formuliert Vorschläge, die das Friedensprogramm fördern können. Die wichtigsten von ihnen sind:

1. **Abschaffung der Reparationskommission und Abänderung der** Artikel 5 und 10 des Völkerbundpaktes, unter Zulassung aller besiegten Völker. Die Vollmachten der Reparationskommission gehen mit angemessenen Abänderungen auf den Völkerbund über.

2. **Revision der Verträge.**

3. **Aufrechterhaltung aller Entwaffnungsverpflichtungen für Deutschland und die besiegten Länder und militärische Garantie für Frankreich von seiten Englands und Italiens.**

4. **Festsetzung der interalliierten Schulden und der von Deutschland und den besiegten Ländern geschuldeten Entschädigungen.** Hierzu schlägt Nitti vor: **Indem man alle Besatzungstruppen zurückzieht** (die mehr als 25 Milliarden Mark jährlich kosten und infolge der Entwertung der Mark leicht das Doppelte kosten und infolgedessen alle Kräfte Deutschlands aufzehren können) **und indem man auf alle kostspieligen und unnützen Kontrollmaßnahmen verzichtet,** kann man dazu kommen, Deutschland **mit einer Entschädigung** zu belegen, die der Gegenwert **von 60 Milliarden** Franken oder Lire zu pari ist und in Goldmark unter folgenden Bedingungen zahlbar ist:

a) 20 Milliarden werden als schon abgegolten betrachtet durch alles das, was Deutschland abgetreten hat, und es hat auf Grund des Vertrages weit mehr abgetreten —: Kolonien, Organisationen im Ausland, Kredite, Handelsflotte, Unterseekabel usw.

b) 20 Milliarden, die Deutschland den Siegern in natura, besonders in Kohle, nach den bereits festgesetzten Anteilen zu leisten hätte.

c) 20 Milliarden werden von Deutchland nach Bezahlung **der Schulden der unter b) genannten Art als Anteil an der** Rückzahlung übernommen, welche den Ländern zu leisten ist, die den kriegführenden Staaten der Entente Kredite bewilligt haben: Vereinigte Staaten, Großbritannien und im beschränkteren Maße Frankreich.

5. **Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland.**

Die Streichung der Ententeschulden an die Vereinigten Staaten ist in letzter Zeit besonders von England aus stark propagiert worden. In Amerika hat sich bis jetzt noch nicht viel Gegenliebe für diesen Gedanken gezeigt. Die Vereinigten Staaten trösten sich nicht damit, daß England bereit wäre, seinerseits die Summen zu streichen, die es den verschiedenen Ententeländern geliehen hat. Für die Vereinigten Staaten ist England ein guter Schuldner, während England kaum Aussicht hat, seine den kleineren Ententestaaten geliehenen Summen je zurückzuerhalten.

Nittis Vorschläge sind der ernsthaften Prüfung wert. Seine Kritik enthält vieles, was ernsthafte Politiker und insbesondere die Sozialisten längst erkannt haben. Die offizielle Politik ist allerdings bis jetzt von diesen Erkenntnissen kaum beeinflußt worden.

Der 9. November in Thüringen

In der gestrigen Sitzung des Thüringer Landtages, die sich bis Mitternacht ausdehnte, wurde nach lebhafter Debatte die Regierungsvorlage angenommen, wonach das Reformationsfest als gesetzlicher Feiertag abgeschafft **und der 9. November zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird.**

In seiner heutigen Sitzung hat der Landtag gegen die Stimmen der bürgerlichen **Parteien** die Aufhebung der Bußtage als gesetzliche Feiertage beschlossen. Als Uebergangsmaßnahme soll auf Wunsch Urlaub für die Lehrer und Schüler zum Kirchenbesuch gewährt werden. Der Landtag vertagte sich darauf bis Anfang Dezember.

Die Kartoffelausfuhr nach England

Wir berichteten vor einigen Tagen nach einer Londoner Meldung, daß in der Sitzung einer englischen Landwirtschaftskammer die Behauptung von der Einfuhr großer Mengen Kartoffeln nach England aufgestellt wurde. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft teilt nun mit, daß nach seinen Erkundungen das englische Landwirtschaftsministerium die Richtigkeit dieser Behauptungen nicht bestätigen könne. Auch die deutsche Gesandtschaft im Haag habe erklärt, daß eine Ausfuhr deutscher Kartoffeln nach Holland mit Ausnahme der im Grenzverkehr verschobenen unbedeutenden Mengen nicht stattgefunden habe. Eine deutsche Kartoffelausfuhr nach Holland, zwecks weiterer Ausfuhr nach England sei unwahrscheinlich. Auch die bisher eingelaufenen Drahtberichte der deutschen Zollstellen lauten sämtlich dahin, daß deutsche Kartoffelausfuhr nach Holland nicht stattgefunden habe.

Zeitungs- und Versammlungsverbote. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß Beschwerden wegen Zeitungs- und Versammlungsverboten auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1921 unmittelbar beim Reichsminister des Innern eingereicht werden anstatt bei der Landeszentralbehörde. Die Beschwerden müssen daher erst an diese Stelle zum Befinden abgegeben werden. Nach der Verordnung kann die Landeszentralbehörde den Beschwerden wegen Verbots von Zeitungen oder Versammlungen abhelfen, wenn sie das Verbot nicht für gerechtfertigt hält. Andernfalls hat sie die Beschwerde dem Reichsratsausschuß zur Entscheidung vorzulegen. Zur Vermeidung von Verzögerungen empfiehlt es sich daher, Beschwerden in allen Fällen bei der Landeszentralbehörde einzulegen.

Die Wahrheit über die Besoldungsreform

Zum Hunger den Spott

Die Beamten mögen entschuldigen, daß wir die neue Gehaltsskala immer wieder eine „Reform" nennen. Die meisten von ihnen werden darin nur eine Reform nach rückwärts erblicken, und auch wir fassen die Angelegenheit so auf, aber das Wort, das solche Maßnahmen einer Regierung kennzeichnet, das Wort Reform wird man des leidigen Sprachgebrauchs wegen nun einmal nicht los.

Aber nun wird mit dieser „Reform" in der Oeffentlichkeit ein Mißbrauch getrieben, der alle bisherigen Leistungen der bürgerlichen Presse auf dem Gebiete der Irreführung ihrer arglosen Leser in den Schatten stellt. Sie wird benutzt, um vorzurechnen, wie gewaltig das Einkommen der Beamten im Vergleich mit dem Friedensstande angeschwollen ist. Und das Verdienst daran wird natürlich dieser neuen, jetzt zur Debatte gestellten „Reform" zugeschrieben. Das ginge noch an, wenn die anscheinend aus irgendeiner offiziösen Quelle entnommenen Zahlen wenigstens richtig wären. Aber es wird gelogen wie gedruckt. „Zuständige Stellen" verbreiten die Mär, das Gehalt der Beamten sei gegenüber dem Friedensstande durch die neuen Sätze für die untersten Gruppen auf das 13—14fache, für die mittleren auf das Siebenfache, für die obersten aber nur auf das Fünf- bis Sechsfache gestiegen.

Wir haben schon am ersten Tage nach dem Bekanntwerden der neuen Sätze geschrieben, daß es umgekehrt ist, daß die unteren und mittleren Gruppen in unverschämter Weise benachteiligt, die oberen Gruppen maßlos bevorzugt worden sind. Nun veröffentlichen auch die Organisationen der Beamten authentische Mitteilungen über die Wirkung der neuen Besoldungssätze, und daraus geht hervor, daß unsere ursprüngliche Auffassung von dieser Wirkung vollkommen bestätigt wird. So schreibt der „Zeitungsdienst des Deutschen Beamtenbundes":

Das Bruttoeinkommen (Grundgehalt, Ortszuschlag und Teuerungszuschlag, ohne Abzug der Steuern) nach der neuen Regelung beträgt gegenüber dem Friedensstand

Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung	im Anfangsgehalt das	im Endgehalt des
II	Amtsgehilfe	9,4 fache	9,3 fache
III		10,5 „	10,7 „
V	Kanzlesekretär	8,4 „	7,7 „
VIII	Obersekretär	10,9 „	7,5 „
XI	Regierungsrat	7,5 „	7,0 „
XIII	Ministerialrat	7,5 „	7,7 „

Diese Zahlen verringern sich noch, wenn man die Wirkung der Einkommensteuer in Betracht zieht. Es geht jedoch zweifelsfrei aus ihnen hervor, daß die Vervielfachung gegenüber dem Friedenseinkommen in den unteren Besoldungsgruppen keineswegs um so viel höher gegenüber den oberen Besoldungsgruppen ist, wie es nach der erwähnten Mitteilung von „zuständiger Stelle" scheinen möchte. Außerdem kann der Vergleich mit den Friedensgehältern schon aus dem Grunde kein zutreffendes Bild ergeben, weil gerade die Einkommen der unteren Besoldungsgruppen bereits in Friedenszeiten viel zu gering waren. Der oben erwähnte Amtsgehilfe der heutigen Besoldungsgruppe II bezog zum Beispiel im Frieden 1200 M. im Anfangs- und 1800 M. im Endgehalt, dazu 480 M. Wohnungsgeld.

Noch deutlicher wird das Mißverhältnis zwischen den Zulagen für die unteren und oberen Beamten kenntlich aus einer Aufstellung, die das Berliner Ortskartell des Deutschen Beamtenbundes verbreitet. Sie gibt folgendes Bild:

Ohne Berücksichtigung des Steuerabzugs (Bruttogehalt)

Gruppe	Bisher Anfangs- Gehalt einschl. Orts- und Teuerungszuschlag	Bisher End- Gehalt einschl. Orts- und Teuerungszuschlag	Neu- Anfangs- Gehalt einschl. Orts- und Teuerungszuschlag	Neu- End- Gehalt einschl. Orts- und Teuerungszuschlag	Endgehalt aufgebessert um ℳ	Die Aufbesserung im Endgehalt beträgt %
III	11 340	16 821	16 800	21 600	4 779	28 %
IV	12 663	18 522	18 000	23 400	4 878	26 %
V	13 419	19 656	19 800	25 200	5 544	28 %
VI	14 742	21 337	21 000	28 200	6 863	32 %
VII	15 498	22 491	23 400	31 800	9 309	42 %
VIII	16 632	24 192	26 400	36 600	12 408	51 %
IX	18 711	27 027	30 000	42 600	15 573	57 %
X	20 790	29 862	34 800	49 800	19 938	66 %
XI	23 247	33 453	41 400	58 800	25 347	78 %
XII	26 649	37 800	51 000	74 400	36 600	97 %
XIII	30 996	47 628	69 600	102 000	54 372	101 %

Nach Abzug der Steuern (Nettogehalt)

III	10 706	15 799	15 780	20 280	4 481	28,3
IV	12 057	17 330	16 860	21 720	4 390	25,3
V	12 497	18 110	18 240	23 100	4 990	27,5
VI	13 688	19 641	19 320	25 380	5 739	29,2
VII	14 368	20 662	21 480	28 170	6 508	31,4
VIII	15 389	22 174	23 940	31 690	9 516	42,9
IX	17 203	24 442	26 820	35 760	11 318	46,3
X	19 131	26 710	30 420	40 200	13 490	50,5
XI	21 342	29 410	34 980	45 160	15 750	53,5
XII	24 139	32 580	40 870	53 600	21 020	64,8
XIII	27 567	38 897	50 980	68 680	29 783	76,5

Bei Gruppe 1 und 2 sind die Zulagen bei prozentualer Berechnung noch geringer.

Daß den Beamten unzulängliche Zulagen gegeben worden sind, ist schon öfter vorgekommen. Daß aber zum Hunger noch Hohn und Spott gefügt wird, indem den Beamten ihre „hohen Bezüge" vorgehalten werden auf Grund wissentlich falscher Darstellungen „zuständiger Stellen", das ist neu. Das ist aber auch der einzige Fortschritt, der bei dieser Besoldungsreform erzielt worden ist. Und er ist nur geeignet, die Empörung unter den Beamten zu vermehren.

Wir glauben befugt zu sein, die Regierung zu warnen. Sie treibt ein außerordentlich gefährliches Spiel. Noch ist es Zeit, das einzusehen und einen anderen Weg einzuschlagen. Die neuen Forderungen des Vorstandes des Deutschen Beamtenbundes, die wir gestern veröffentlichten, bieten der Regierung die Gelegenheit dazu.

*

Im preußischen Landtage fand am Dienstag nachmittag eine Besprechung der Landtagsfraktionen über die in Aussicht genommene **Teuerungsaktion für die Beamten** usw. statt. Die Angelegenheit ist damit derartig beschleunigt worden, daß die Auszahlung der erhöhten Gehälter sofort erfolgen kann, nachdem Reichstag und Landtag ihre Zustimmung ausgesprochen haben. Bis Ende dieser Woche dürfte das geschehen sein.

Fehlurteile der Ausnahmegerichte

Einzelne Richter der Ausnahmegerichte, die ohne jeden Beweis im April und Mai dieses Jahres Arbeiter zu langen Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilten und die wir deshalb an dieser Stelle nicht sehr schmeichelhaft gekennzeichnet haben, hatten obendrein die Kühnheit, sich gegen diese durchaus berechtigte Kennzeichnung ihrer Person zu wehren und mit Klage zu drohen. Wie sehr aber diese von uns geübte Kritik der sogenannten Richter ins Schwarze getroffen hat, legen die zahlreichen Freisprüche in den Wiederaufnahmeverfahren, die Aufhebung und Milderung anderer Urteile. So wurde erst dieser Tage der 21jährige Dreher Willi Ermisch aus Sangerhausen, den das berüchtigte Ausnahmegericht in Nordhausen wegen Postenstehens am 26. März 1921 während des Kampfes am Bahnhof in Sangerhausen zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt hatte, **im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen, weil er, wie eine größere Anzahl Zeugen bekundete, weder Posten gestanden noch ein Gewehr in Besitz hatte.** Was aber, so fragen wir, geschieht mit jenen Richtern, die das Justizverbrechen an Ermisch verübt haben? Sie bleiben natürlich weiter eine Zierde des erhabenen deutschen Richterstandes.

Krebsgang

Wie man die Grundschule rückwärts reformieren will

Im Reichsministerium des Innern regiert der rechtssozialistische Unterstaatssekretär Heinrich Schulz, den meisten Mitgliedern unserer Partei nicht ganz unbekannt, die Schulangelegenheiten. Es ist noch nicht lange her, da hat er, umgeben von einer treuen Schar Gleichgesinnter, die Grundschule als den höchsten Trumpf der Revolution auf dem Gebiete des Schulwesens wiederholt gefeiert. Und jetzt hat sich die Schulabteilung des Reichsministeriums des Innern mit einer Anfrage an die Landesschulbehörden gewandt, ob diese der Meinung sind, daß eine Sonderung der Schüler **innerhalb der Grundschulen zu dem Zwecke, bestimmte Kindergruppen auf den Eintritt in die höheren Schulen vorzubereiten,** erfolgen solle oder nicht.

Man erinnere sich: Die Grundschule sollte den Zweck haben, das Vorschulwesen als Vorbereitung für die höheren Schulen aufzuheben und alle Kinder, ob arm, ob reich, für die ersten Schuljahre in der Grundschule auf einer Schulbank zu vereinen. Das ist der Grund, weshalb die Grundschule als eine Errungenschaft der Revolution dargestellt worden ist. Nun regt das Reichsministerium des Innern bei den Landesschulbehörden durch die erwähnte Anfrage die Neueinrichtung von Sonderklassen innerhalb der Grundschule für die Kinder an, die in Zukunft eine höhere Schule besuchen wollen. Das würde die **Wiedererstehung der Vorschule innerhalb der Grundschule** bedeuten und den ursprünglichen Zweck der Grundschule vollends aufheben.

Zu dieser völlig verrückten Idee schreibt der „Zeitungsdienst des Deutschen Lehrervereins":

„Eine Grundschule, in der die auf den Eintritt in die höheren Schulen vorzubereitenden Kinder abgesondert werden, ist keine gemeinsame Grundschule mehr. In diese Sonderklassen würden alle diejenigen Kinder aufzunehmen sein, deren Eltern den Wunsch und das Geld haben, ihre Kinder in eine höhere Schule überzuführen. Es würde also eine Sonderung der **Kinder nach gesellschaftlichen Unterschieden** in viel weitergehendem Umfange eintreten als durch die Vorschulen, die nur in manchen Groß- und Mittelschulen bestanden, in den Kleinstädten aber fast vollständig fehlten. Das hieße also **die erhofften Wirkungen des Grundschulgesetzes in das Gegenteil verkehren.**"

Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Nur eine Frage fällt uns ein: Warum sendet die Sozialdemokratische Partei auf die leitenden Posten im Schulwesen gerade Genies von der Güte der Haenisch und Schulz? Will sie damit etwa andeuten, daß ihr das Schulwesen und die Kulturpolitik bedeutungslos erscheinen? Das wäre bedauerlich.

Vor den sächsischen Gemeindewahlen

Crispien in Dresden

In einem der größten Säle Dresdens sprach Genosse **Crispien** am Sonntag über „Kapitalistischer Bankrott und Sozialismus". Die U. S. P. betrachte den Wahlkampf als einen Teil des Klassenkampfes. Die Helfferich-Politik würde jetzt von Frankreich betrieben. Aber innerhalb der Entente seien die Interessen gegenüber Deutschland verschieden. Die amerikanischen Finanzkönige bestimmten das Schicksal der 1700 Millionen Menschen der ganzen Erde. Eine Gegenmacht sei nur die internationale Arbeiterschaft. Für die U. S. P. gäbe es nur einen Krieg: **den der internationalen Arbeiterschaft gegen den internationalen Kapitalismus.** Ein kommunistischer Redner versuchte in der Diskussion sich an der U. S. P. zu reiben, indem er ihren Führern die Schuld am Versagen der Revolution unterstellte. Er mußte sich seine kleinbürgerliche Einstellung, die nur davon ausgeht, daß der bloße Wille ausgesuchter Menschen maßgebend sei, bescheinigen lassen. Crispien erntete stürmischen Beifall.

Die Versammlung war ein prächtiger Erfolg der U. S. P. im gegenwärtigen Wahlkampf zu den Gemeindeparlamenten, der nächsten Sonntag in Dresden wie an vielen anderen Orten Sachsens seinen Austrag findet und auf den die Reaktion große Hoffnungen setzt.

Spanien verlangt die Auslieferung

Amtlich wird gemeldet: Der Antrag der spanischen Regierung über die Auslieferung der Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato ist nunmehr gestellt.

Die Grenzführung in Oberschlesien. Die Botschafterkonferenz hat nunmehr die Befugnisse der Grenzfestsetzungskommission geregelt. Die Grenzorte der Genfer Entscheidung bleiben im allgemeinen so, wie sie festgesetzt sind. Veränderungen können lediglich auf dem Wege der Kompensationen und des Einverständnisses zwischen Deutschland und Polen vorgenommen werden. Im großen und ganzen handelt es sich jetzt um die Verfeinerung der rohen Skizze über die Grenzlinie; eine Art Demarkationslinie wird festgelegt. Die größten Schwierigkeiten in der Grenzführung liegen natürlich im Industrierevier.

Sperrung des Düngemitteltransportes. Wiederholten Anträgen des Ernährungsministeriums nachgebend, hat der Verkehrsminister die Verladung von künstlichen Düngemitteln wiederum für den 9., 10. und 11. November gesperrt.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7½ Uhr: Masse Mensch

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ U.: Jugendfreunde

Staatstheater.
Opernhaus
7½ Uhr: Turandot Arlecchino
Schauspielhaus
7½ Uhr: Fiesco

Direkt.: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7½ Uhr: Louis Ferdinand Prinz von Preußen
Kammerspiele
8 Uhr: Der Hühnerhof
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7: Götz v. Berlichingen

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Manon Lescaut
(Oruka, Janssen, Riemann)

Komödienhaus:
7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue
(Glähner, Richard, Engl, Pröckl, Stiebe)

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin
Olala
Fritzi Massary a. G.
Ralph Arthur Roberts, Papi Jampa, Herb. Kiper

Wallner-Theater
Täglich 7.30 Uhr
Nixchen

Komische Oper
7½ allabendlich 7½
Die große Ausstattungs-Operetten-Revue
Der Herr der Welt

7½ Casino-Theater 7½
Der Weg zum Glück
Stg. 3½ Uhr: Pantoffelheld

Theater am Nollendorfplatz
7 Uhr:
Die Ehe im Kreise

TRIANON-THEATER
Täglich ½8 Uhr:
Mein Freund Teddy
Sonntag 4 U.: Kleine Preise
Die große Leidenschaft

RESIDENZ-THEATER
½8 Uhr: Der König in Paris
Stg. 3½ Uhr: Kleine Pr.
Suchen Humbrecht

KLEINES THEATER
½8 Uhr: Carola Toelle in Fri. Josette — meine Frau
Sonntag, 4 U.: Kleine Pr.
Der Dieb

Walhalla-Theater
8 Uhr:
Die Glocken von Corneville

Theater des Ostens
7½ Uhr:
Fidele Brüder

METROPOL VARIETE
Behrenstraße 53.
8 Uhr:
11 Sensationen 11

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Mpl. 16077
Tägl. 7½ Uhr u. Stg. nachm. 3 U.
Elite-Sänger
Blüthgen-Konzert
Vorv. 11-1½ u. 4-6

81 Apollotheater 81
Friedrichstraße 218
Unter persönlicher Leitung des Komponisten
Paul Lincke
FRAU LUNA
Ausstattungsoperette

8 Uhr SCALA
11 Künstlertruppen

Circus Busch
Tgl. 7½, Stg. auch 3 U.
Der
Ochsenzug!
Eine neue Leistung u. Eisenkönig Breitbart! Carl Hagenbeck's Stellingen
Indische Tierschau
Vorverk. Wertheim und Circuskasse

Köpenicker Straße 145
3. Hof, im Fabrikgebäude
Hauptgeschäft
Schönhauser Allee 47
Untergr.-Bhf.: Danziger Str.
Chausseestraße 76
Ecke Müllerstraße
Kottbuser Damm 69
nahe Hermannplatz

Billige Wäsche / Trikotagen Schuhwaren / Berufskleidung

finden Sie noch bei uns!

Durch unsere enormen Bestände, die wir noch zum größten Teil aus deutschen, englischen und amerikanischen

Heeresbeständen

preiswert erworben haben, sind wir in der Lage, Ihnen u. a. folgende Angebote zu machen, um Ihren Bedarf für den Winter billig einzudecken:

Lederwesten, gefüttert . . . . M. 125.—
Amerikanische Uniformen, mit Kniehosen, reiner Wollstoff . . . . . M. 135.—
Gummipelerinen . . . . von M. 45.— an
Wäsche, große Auswahl, u. a.
Einzelne Unterhosen . . . . von M. 5.50 an
Socken **in denkbar größter Auswahl** . . . von M. 5.— an

Ferner:

Feldgraue Hosen . . . .
Schwarze Hosen . . . .
Joppen . . . .
Elegante Anzüge . . . .
überaus billig!

B. Kaufmann & Co. GmbH

Köpenicker Straße 145
3. Hof, im Fabrikgebäude
Hauptgeschäft
Schönhauser Allee 47
Untergr.-Bhf.: Danziger Str.
Chausseestraße 76
Ecke Müllerstraße
Kottbuser Damm 69
nahe Hermannplatz

Danksagung

Für die aufrichtige Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Genossinnen, Freunden, Bekannten und Verwandten meinen herzlichsten Dank.

C. Pickert und Kinder

Westmanns
Trauer-Magazin
Große Auswahl. Billige Preise.
I. Mohrenstr. 37
(Kolonnaden)
II. Gr. Frkf. Str. 115
(nahe Andreasstr.)
Auswahlsendung sof.
Amt Zentrum 7890
Sonntags geschlossen.

Werkführer
für Korbmöbelfabrik
per sofort verlangt
Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter Chiffre „B. 100" an die Exp. der „Freiheit", Breite Straße 8/9

Ata eignet sich für alle Küchengeräte, besonders auch für Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden. Hersteller: Henkel & Cie., Düsseldorf

---

Alt-Metalle
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw. kaufen zu Engrospreisen speziell von Händlern, Installateuren und Fabriken
Gebr. Fuhrmann
Laden Kollonadenstr. 20 Laden
9—7 Uhr.

Metallankaufsstelle
Osten, Grüner Weg 80
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Spez.-Beh. nur für **Ischias**
in Hüft., Gesäß u. Bein. Da schw. Fälle in 15 Tagen beseit. w., hierüber unantastb. Heilerf. bestäh. u. Referenzen. Invalidenstr. 106, von 9—3. **Jacoby**

Bettnässen
Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. Vers. sanit. Art. **Gg. Englbrecht, München** C 18, Kapuzinerstr. 9.

Rauchtabak
Pfund 18 Mark
Holländer . . . 20 M.
Schwarz. Krausen 22 M.
Portoriko . . . 28 M.
Gold Shag . . . 27 M.
Rund Gr. Hamburger Straße 1. 1

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeige

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Kurt Brix

Hochstraße 34, am 6. d. Mts. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Freitag, den 11. November, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt.

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Am 7. November 1921 wurde unser lieber Kollege

Erich Glaucke

plötzlich aus dem Leben gerissen.

Wir verlieren in ihm einen treuen Mitkämpfer, der, erfüllt von hohem Idealismus, seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Bewegung gestellt hat.

Die unermüdliche Tätigkeit, die er auf vielen Ehrenposten ausübte, auf die ihn das Vertrauen seiner Kollegen berufen hatte, wird allen in dankbarer Erinnerung bleiben.

Ehre seinem Andenken!

Zentralverband der Angestellten
Ortsgruppe Groß-Berlin
Die Ortsverwaltung.

Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 10. November, mittags 12 Uhr im Krematorium in der Gerichtstraße statt.

Wir erwarten rege Beteiligung.

Das Mitglied unserer Vertreterversammlung unser lieber Kollege

Erich Glaucke

ist am 7. November 1921 in jungen Jahren plötzlich verschieden. Wir werden seiner als eines treuen Mitarbeiters und Freundes gedenken.

Der Ausschuss des Ortskartells Groß-Berlin des Allgemein. freien Angestelltenbundes

Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 10. November 1921, mittags 12 Uhr, im Krematorium in der Gerichtstraße statt.

Wir erwarten rege Beteiligung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714

Achtung! **Achtung!**

Gold- und Silberschmiede

Donnerstag, den 10. November 1921, abends 8½ Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Str. 47,

Branchenversammlung

Tagesordnung:
1. Bericht der Verhandlungskommissionen
2. Diskussion — 3. Branchenangelegenheiten

Die Branchenkommissionsmitglieder kommen um 8 Uhr in demselben Lokal zusammen. Alle Kolleginnen und Kollegen sind verpflichtet zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband

Filiale Berlin, Sebastianstr. 37-38

Donnerstag, den 10. November 1921, abends 7 Uhr, bei **Schulz, Am Königsgraben 2,** für die
Knaben- und Burschenkonfektion
und an dem gleichen Tage, nachmittags 5 Uhr, bei **Prasser, Michaelkirchstr. 29a,** für die
Gummimäntelkonfektion

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen mit den Arbeitgebern
Referenten: Kollegen Kutzbach und Ploog
Mitgliedsbuch oder -karte legitimieren; ohne diese oder mit mehr als 6 restierenden Wochenbeiträgen kein Zutritt. Die Kommissionen.

Gesucht: **1 tüchtiger Vorzeichner, 1 Kesselschmiedemeister, mehrere ältere Kesselschmiede u. Schlosser**
Persönliche Meldungen erbittet
Eisenwerk Hempel \ Seegefeld

Strindberg
Ausgewählte Romane

1. Das rote Zimmer
2. Die Leute auf Hemsö
3. Am offenen Meer
4. Die gotischen Zimmer
5. Schwarze Fahnen

5 Bände **82 Mk.** Gebunden

Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2, Breite Str. 8-9
Auch in allen Speditionen

Gold-Silber-Platin
Sachen und Bruch
Quecksilber, Feldstecher
kaufen zu hohem Kurs
Ratzlaff & Zimmer
Linienstraße 93

Metalle
Kupfer, Rotguß, Blei, Messing, Zink, Zinn und Lagermetall, Quecksilber Tagespreise
Zuckermann,
Elsasser Str. 9, vorn 1 Tr.
Norden 4661.

Altmetalle
unüberbietbare Preise zahlt
Badstraße 34, Hof.

Dr. med. Karl Reinhardt's
Spezialärztl. Institut
Potsdamer Straße 117, a. d. Lützowstr.
Glänzende Erfolge durch unser bestbewährtes Heilverfahren bei allen Geschlechtskrankheiten, Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche
Schnelle sichere Behandlung ohne Berufsstörung. Schmerzlose Salvarsan-Kuren. Harn- und Blutuntersuchung. Auskunft und Beratung kostenlos. Leichte Zahlweise.
Warnung vor minderwertigen oder schädlichen Heilverfahren
Spr. ½12—2 u. 5—8. Sonnt. ½11—1.

Kreuz-, Alaska-, Silber-, Zobel-, Rotfüchse
staunend billig von 300 M. an
Skunks-Garn. sehr billig
Pelzfutter
für Damen und Herren von 250 M. an
Felle f. Besatz
amer. Op. 65, austr. Op. 110, Seal E. 25, überseisch. 45 M. an
Hamsterfelle
für Sportpelze, sehr preiswert.
Pelzwarenhaus A. Klaß & Co.
Rosenthaler Str. 40.41 am Hackeschen Markt

Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung

„Freiheit"

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit der wöchentlich einmal erscheinenden illustrierten Unterhaltungsbeilage „Freie Welt"
zum Preise von Mk. 12.— monatl., Mk. 6.— halbmonatl.
bei freier Zustellung ins Haus

Name: ______
Ort: ______ Straße: ______ Nr. ______
(Namen deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen: vorn, Hof, Eing., Quergeb.)

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Speditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, einzusenden.

Per sofort gesucht:
Tüchtige
Verkäufer
und
Verkäuferinnen
für
Wirtschaftsartikel Emaillewaren Eisen
und
Eisen-Kurzwaren

Meldungen in der Zeit von 11—12 Uhr vormittags und 5—7 Uhr nachmittags

Kaufhaus des Westens
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24

Für unsere
Notenabteilung
sofort gesucht
Vorspielerin
die vom Blatt perfekt Klavierspielen kann
und
Verkäuferin
mit guten Branchekenntnissen

Meldungen in der Zeit von 11—12 Uhr vormittags und 5—7 Uhr nachmittags

Kaufhaus des Westens
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24

Botenfrauen sofort gesucht

Spedition **Lachmann**
Stargarder Straße 13

Spedition **Werner**
Greifswalder Straße 29
für Tour: Christburger Straße

Spedition **Sinner**
Skalitzer Straße 101

Spedition **Wengels**
O., Cadiner Straße 11
Tour: Liebigstraße — Rigaer Straße

Spedition **Jordan**
Dresdener Straße 24
Tour: Köpenicker- und Michaelkirchstraße

Spedition **Reisewitz**
Lichtenberg, Tasdorferstr. 25
Tour: Röderstraße.

Spedition **Krüger**
Neukölln, Emserstraße 32

Spedition **Greulich**
Marienfelde, Kirchstr. 27

Der Kaiser kehrt zurück!

Ankunft heute vormittag am Anhalter Bahnhof

Es lebe die Monarchie!

In später Nachtstunde verbreitet das Wolffsche Telegraphenbureau eine Nachricht, die geeignet ist, die Herzen aller wahren Patrioten höher schlagen zu lassen.

Die Meldung der amtlichen Depeschenagentur lautet wie folgt:

Allerhöchstes Hoflager in Holland,
9. November 1931.

Seine Majestät der Kaiser hat sich entschlossen, nach Deutschland zurückzukehren. Die Ankunft des Kaisers erfolgt am heutigen Tage kurz vor elf Uhr vormittags am Anhalter Bahnhof, von wo sich Seine Majestät zunächst nach Potsdam begibt. Der Tag des feierlichen Einzugs in Berlin wird noch bekanntgegeben.

In wenigen Stunden also wird unsere Stadt wieder sein, was sie seit dem 9. November 1918, der in so schmachvoller Weise das Ende des Kaiserreiches heraufführte, nicht mehr gewesen ist: die Residenz des Monarchen, dessen geheiligte Person wir so lange nur aus der Ferne verehren konnten.

Es ist klar, daß mit diesem Ereignis, dessen Tragweite sich noch gar nicht absehen läßt, ein neues Kapitel der Geschichte beginnt. Das Intermezzo der sogenannten Republik ist zu Ende, dem Phönix gleich entfaltet der Zollernaar zu neuem Sonnenflug die Schwingen! Denn daß die Reise des Kaisers nicht etwa einem flüchtigen Besuch gilt, sondern der Wiederherstellung der guten alten Zeit, läßt schon die Fassung der vorstehend wiedergegebenen Depesche vom allerhöchsten Hoflager erkennen. Jeder, der die Entwicklung der letzten Jahre aufmerksam verfolgt hat, erwartete es schon längst. Endlich ist es so weit!

Selbstverständlich wird nunmehr das gänzlich ungerechtfertigte Uebermaß von Rechten, das in der allgemeinen Kopflosigkeit von 1918 den breiten Volksmassen zugestanden worden war, einen ebenso raschen wie gründlichen Abbau erfahren müssen. Vor allem wird, wie wir hören, das bewährte Dreiklassenwahlrecht wieder eingeführt werden, und zwar nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich. Gleichzeitig wird an Stelle des 8stündigen Arbeitstages, der schon unter Ebert den hirnverbrannten Achtstundentag abgelöst hatte, der Normalarbeitstag von mindestens zehn Stunden treten. Die Industrie, die sich jetzt mit Gewinnen von wenigen hundert Prozent begnügen muß, wird auf diese Weise von einer auf die Dauer unerträglichen Fessel befreit werden, wovon auch der Handel profitieren wird. Die Betriebsräte, die vollkommen überflüssig sind und längst nur noch ein Schattendasein führen, werden natürlich aufgelöst werden. Dasselbe Schicksal wird den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer blühen, soweit sie nicht wirtschaftsfriedlich eingestellt sind. Der Unfug der direkten Steuern wird abgestellt werden. Das besitzende Bürgertum darf darauf rechnen, für alle Unbill, die es auf steuerlichem Gebiet erdulden mußte, in vollem Umfang entschädigt zu werden. Soweit die hierfür und weiterhin für die sonstigen Aufwendungen von Reich und Staat erforderlichen Mittel nicht durch einen entsprechenden Ausbau der indirekten Steuern gedeckt werden können, ist an die Einführung von Steuer-Ueberstunden gedacht. Voraussichtlich werden zwei Stunden täglich genügen, so daß sich ein Gesamtarbeitstag von zwölf Stunden ergeben würde. Nach den vorliegenden Gutachten des Obermedizinalkollegiums bestehen hiergegen um so weniger Bedenken, als es noch keine hundert Jahre her ist, daß Arbeitszeiten von vierzehn, sechzehn, achtzehn und mehr Stunden nichts Ungewöhnliches waren. Zieht man vollends in Betracht, wieviel Zeit der Arbeiter künftig allein durch den Fortfall der bisherigen Inanspruchnahme durch Partei, Gewerkschaft, sogenannte Bildungsbestrebungen und ähnliche Kinkerlitzchen erübrigen wird, so ist es nur zu begrüßen, sie auf diese Weise in produktiver und zugleich staatserhaltender Weise angelegt zu sehen. Dazu kommt als besonderer Gewinn für die Gesamtheit die klare Verteilung von Rechten und Pflichten getreu dem altpreußischen Wahl- und Wahrspruch „Jedem das Seine“. Hoffen wir, daß diese schöne Parole nun endgültig den Pöbelruf „Alles für alle“ verdrängen wird.

Das Zeremoniell für den feierlichen Einzug, der beispiellos zu werden verspricht, hat der Kaiser in eigener Person in allen Einzelheiten festgelegt, und zwar schon vor sehr langer Zeit. Ja, man kann sagen, daß er bereits im Auto, dessen er sich seinerzeit für den kühnen Husarenritt ins sichere Ausland bediente, die wesentlichen Punkte der bei seinem glorreichen Wiedereinzug zu beobachtenden Etikette angeordnet hat. Daß es durch das Brandenburger Tor gehen müßte, stand von vornherein fest. Glücklicherweise ist die mittlere Durchfahrt, die bekanntlich immer für die allerhöchsten Herrschaften reserviert war, dank der pietätvollen Haltung des Berliner Polizeipräsidiums auch in den tollsten Zeiten der Schandrepublik respektiert worden. Das wäre ja auch noch schöner gewesen, wenn Kreti und Pleti die allerhöchste Durchfahrt hätten benutzen dürfen! Die sonst in Betracht kommenden Einzelheiten des Festprogramms bewegen sich im Rahmen der besten Tradition. Der Kaiser wird auf seinem Lieblingsschimmel in großer Marschallsuniform mit dem Pour le mérite und anderen hohen Orden und Ehrenzeichen vom Tiergarten her die Linden hinaufreiten. Zu beiden Seiten derselben sollen auf besonderen Wunsch des Kaisers die siegreichen Truppen Spalier bilden.

Impulsiv wie immer, hat Seine Majestät bei der Formulierung der letzterwähnten Anordnung leider nicht in Betracht gezogen, daß die deutschen Truppen seinerzeit durch den bekannten Dolchstoß von hinten schnöde daran verhindert waren, den Sieg zu erringen, der ihnen in nächster Nähe winkte. Die Amerikaner konnten bekanntlich der ausgezeichneten Wirksamkeit der U-Boot-Waffe ihre Bluffarmeen nicht nach Europa herüberwerfen, die Tanks waren eine nichtswürdige Propagandalüge des Juden Northcliff, und die famosen Reservearmeen des maßlos überschätzten Generals Foch waren, wie der deutsche Heeresbericht oft genug gemeldet hat, schon wochenlang vor den letzten Entscheidungskämpfen aufgerieben. Wäre nur der Dolch von hinten nicht gewesen! ... Unter den gegebenen Umständen sind bedauerlicherweise die von Seiner Majestät befohlenen siegreichen Truppen nur aufzutreiben, wenn man sich etwa entschließt, die amerikanischen, englischen und französischen Regimenter, die in Berlin garnisonieren, zur Spalierbildung heranzuziehen. Es ist jedoch wenig wahrscheinlich, daß die Regierungen des Feindbundes die hierzu erforderliche Genehmigung erteilen würden. Man wird daher voraussichtlich die Spalierbildung den Herren vom Kriegspressеamt übertragen, die während des ganzen Krieges an ihren Schreibtischen in Berlin Sieg über Sieg errangen und nicht dafür verantwortlich zu machen sind, daß die rauhe Wirklichkeit sich nicht nach ihren Worten richtete.

Die Haltung der Entente wird, wie uns im Ministerium des Aeußeren Herr Minister Dr. Stresemann persönlich erklärte, zweifellos eine vollkommen neutrale sein. Da tatsächlich das ganze Volk mit alleiniger Ausnahme von gewissen Teilen der Arbeiterschaft die Wiederherstellung der Monarchie wünscht, ist ja gerade vom Standpunkt der demokratischen Selbstbestimmung, den die Entente immer vertreten hat, nichts dagegen zu sagen. Trotzdem ist es nicht ausgeschlossen, daß die Entente zu Repressalien greift. So könnte sie zum Beispiel die Wirtschaftsblockade über Deutschland verhängen. „Aber“, sagte Exzellenz Stresemann lächelnd, „ich habe die Blockade während des Krieges sehr gut überstanden, und meine Frau hat auch diesmal zur Genüge gehamstert!“

Müßig zu fragen, wie sich der Reichspräsident verhalten wird. Hatte schon Herr Ebert während seiner Präsidentschaft dank des segensreichen Einflusses seiner Freunde Noske, Heine, Landsberg, Scheidemann, Parvus und Sklarz das nach links ausgerutschte Steuerruder des Reichsschiffes sanft nach rechts gedreht, so hat sein Nachfolger Helfferich es vollends verstanden, in das richtige Fahrwasser zu gelangen. Reichswehr und Schupo bestehen schon seit 1919 fast durchweg aus gut königstreuen Männern. Dasselbe gilt von den höheren Beamten und von den Richtern. Auch von dieser Seite sind peinliche Ueberraschungen also nicht zu erwarten, während die Arbeiterschaft, unbewaffnet wie sie ist, an ernstlichen Widerstand nicht denken kann. Außerdem ist es eine Täuschung, zu glauben, daß die Arbeiter in nennenswertem Maße republikanisch empfinden. Andernfalls hätten sie in all den Jahren seit 1918 zum mindesten die Siegesallee im Tiergarten, sowie die dynastischen und militaristischen Straßentafeln beseitigt. In Wahrheit fühlten sie sich weder durch diese, noch durch die anderen Embleme der Monarchie provoziert. Es ist also nicht weit her mit ihrem Republikanertum.

Um so berechtigter ist die Hoffnung, daß der heutige Tag und der eigentliche Einzugstag in voller Harmonie verlaufen werden. Trotzdem sind die zuständigen Stellen auf alle Eventualitäten vorbereitet. In allen Straßen, die der Kaiser passieren wird, sind Maschinengewehre und Flammenwerfer aufgestellt. Hindenburg und Ludendorff leiten persönlich die strategischen Operationen.

„Schade, daß es kaum ernst werden wird,“ bemerkte der greise Feldmarschall zu unserem Mitarbeiter; „Sie wissen ja: je mehr Tote, desto hadekürlicher ist mir zumute!“

Wahrlich, ein Wort von echtem Schrot und Korn! Solange wir Männer dieses Schlages haben und nach ihrem Werte schätzen, braucht uns um den Geist von Potsdam nicht bange zu sein.

Dem Kaiser aber rufen wir aus vollem Herzen zu:

Gott schütze und erhalte Eure Majestät!
Es lebe Monarchie und Reaktion!
Hurra! Hurra! Hurra!

Seltene Weisheit

Es verdient noch einmal festgehalten zu werden, was wir in einer Charakteristik des reaktionären preußischen Ministerpräsidenten a. D. Stegerwald bereits in der gestrigen Abendausgabe aus seinem Weisheitserguß in der „Germania“ zitiert haben. Herr Adam Stegerwald beschäftigt sich in seinem Allerweltsartikel auch mit Beispielen aus der Kommunalpolitik, die er zum Beweise für seine Behauptung anführt, mit Parlamentsmehrheiten allein ließe sich noch keine Politik machen. Er führt zunächst das Beispiel des früheren Wiener Oberbürgermeisters Lueger an, der trotz einer ihm günstigen Dreiviertelmehrheit mit den größten Widerständen bei der Durchführung der Kommunalisierung habe kämpfen müssen. Mit etwas merkwürdiger Logik fährt Stegerwald dann fort:

„Aber „warum denn in die Ferne schweifen, sieh das Gute liegt so nah!“ Wie steht es mit Berlin? Berlin hatte seit einigen Jahren eine sozialistisch-kommunistische Mehrheit. Ergebnis: die Hälfte sämtlicher Arbeitslosen in Deutschland fallen auf Berlin.“ (!)

So etwas von Naivität und Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge ist wohl selten. Die sozialistische Mehrheit des Berliner Stadtparlaments ist nach Herrn Stegerwald schuld an der großen Arbeitslosigkeit in Berlin! Nicht etwa die Unternehmer der Berliner Industrie, die die Arbeiter in immer größerem Umfange aus den Betrieben auf die Straße werfen und der Arbeitslosigkeit überantworten, sondern die Stadtverordneten, die mit der Industrie garnichts zu tun haben, sind nach dieser seltenen Weisheit für die Arbeitslosigkeit verantwortlich. Größerer Unsinn wurde wohl noch nie verzapft.

Und dieser „Fachmann“ genoß das uneingeschränkte Vertrauen der Rechtsparteien bis zu den Demokraten. Daraus ersieht man, daß das Bürgertum die potenzierteste Unfähigkeit übersieht, wenn der Mann nur die Wünsche der Reaktion erfüllt!

Zum 9. November

Du grollender Novembertag!
Schon schien's, o Wunder, daß es Frühling werde.
Du trugst mit kühnem Flügelschlag
Das Volk empor zum Herrn der Erde.
Du peitschender Novembersturm!
Wie krach vor deinem wilden Brausen
So still beiseite mancher Wurm,
Sich schüttelnd, feig, in Todesgrausen.

Fanfarenklang: Triumph und Sieg!
So rief es durch die Gassen wieder;
Wie sang das Volk, nach Qual und Krieg
Nun endlich frei, die Kampfeslieder!
Wohl lag im Staub — ein Blutsymbol —
Der Königspurpur, bleich, in Fetzen.
Ein Jauchzen und ein Jubel scholl,
Wo schweigend brütete Entsetzen.

Das war einmal! ... Drei Jahre nur,
Und es erstand ein Chor der Rache.
Drei Jahre zeichnen blut'ge Spur — —
Die Spatzen pfeifen's von dem Dache:
Was Kampf, was Recht! Die Muskeln schlaff
Und hungernd wiederum belogen,
Duckt sich vor Kapital und Pfaff
Das Volk, das um den Sieg betrogen.

Doch hört! Novemberstürme droh'n,
So finster grollt es in den Tiefen.
Denn jeder Volksbetrug und Hohn
Weckt Riesenkräfte, die noch schliefen.
Dann stürmt das Volk, das alles schafft,
Die letzte Zwingburg, fluchbeladen.
Und einig, im Gefühl der Kraft,
Baut es die letzten Barrikaden.

Otto Meier.

Warenpreis und Arbeitslohn

Unter dieser Ueberschrift haben wir kürzlich mitgeteilt, daß die Firma Hausindustrie, Berlin, Dircksenstraße 43-44, Hausschuhe durch Heimarbeiterinnen herstellen läßt, die eine unglaublich elende Bezahlung erhalten. Die Firma beehrt uns jetzt mit einer Zuschrift, die sie Berichtigung nennt und gemäß § 11 des Preßgesetzes abgedruckt zu sehen wünscht. Wir stellen fest, daß die „Berichtigung“ gar nicht auf das eingeht, was wir wiedergegeben haben. In der Berichtigung wird gesagt, daß die eine Heimarbeiterin ohne weiteres bei einer achtstündigen Arbeitszeit auf einen Tagesverdienst von 29 Mark käme. Abgesehen davon, daß auch dieser Verdienst lächerlich gering und außerdem nur bei außerordentlicher Anstrengung zu erreichen ist, so wird er für eine ganz andere Arbeit als die von uns angeführte bezahlt, nämlich für das Wenden von Kamelhaarschuhen für Herren, während wir uns mit den Löhnen für das Nähen von Hausschuhen beschäftigt hatten.

Wenn schließlich die Firma in ihrer Zuschrift entschuldigend erklärt, daß in Gemeinschaft mit der Gewerkschaft eine generelle Regelung der Löhne in die Wege geleitet sei, so vermag sie das nicht von der Tatsache zu entlasten, daß sie sich bisher nicht geschämt hat, die Not der Frauen, die gezwungen sind, sich durch mühselige Heimarbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen, dermaßen auszubeuten.

Beschwerdestellen statt Wohnungen

Der Magistrat gibt bekannt, daß Beschwerden über Wohnungsämter zunächst nur bei dem zuständigen Bezirksamt anzubringen sind. Unmittelbare Beschwerden bei dem preußischen Wohlfahrtsminister, dem Oberpräsidenten oder dem Zentralamt für Wohnungswesen der Stadt Berlin brauchen längere Zeit zur Erledigung, da sie stets dem Bezirksamt zugeleitet werden müssen. Entscheidungen des Mieteinigungsamtes sind an sich unanfechtbar. Beschwerden sind nur dann zulässig, wenn das Mieteinigungsamt seine Zuständigkeit überschritten oder Verfahrensvorschriften oder Bestimmungen des materiellen Rechts außer acht gelassen oder verletzt hat. Beschwerden sind beim ersten Vorsitzenden des Mieteinigungsamtes, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 80, 3 Tr., anzubringen.

Die Beschwerdestellen sind nun zur Genüge bekanntgegeben worden, jetzt kommt es nur noch darauf an, daß diese mit den nötigen Vollmachten ausgestattet werden, die geeignet sind, die Ursachen der Beschwerden zu beseitigen. Mit Beschwerdestellen kann die Wohnungsnot nicht beseitigt werden, sondern nur durch Schaffung von Wohnungen. Den Weg dazu haben die sozialistischen Parteien mit den Gewerkschaften in einem gemeinsam aufgestellten Bauprogramm gezeigt.

Die Revolutionsfeier bei der Hochbahn

Vom Betriebsrat der Hochbahn wird uns geschrieben: Gemäß Vollversammlungsbeschluß wird der 9. November bei der Berliner Hoch- und Untergrundbahn im Gegensatz zu den Vorjahren, wo der Betrieb vollständig ruhte, in folgender Weise gefeiert: Die Arbeiter und Angestellten verlassen um 2 Uhr den Betrieb zur Demonstration. **Die Hochbahnzüge bleiben von 3.15 bis 3.25, also 10 Minuten, stehen.**

Die Feuerbestattung nimmt zu

Die Einäscherungen in den deutschen Bestattungen nehmen fortgesetzt zu. So sind im September wieder 242 Einäscherungen mehr vorgenommen worden als in demselben Monat des Vorjahres. Es wurden eingeäschert in Augsburg 4 Leichen, in Baden-Baden 8, Berlin 373, Braunschweig 27, Bremen 56, Chemnitz 53, Coburg 18, Danzig 9, Darmstadt 1, Dessau 17, Dresden 75, Eisenach 17, Eßlingen 7, Frankfurt a. M. 18, Freiburg i. B. 6, Friedberg 5, Gera 29, Göppingen 3, Görlitz 10, Gotha 49, Greifswald 2, Hagen 9, Halle 17, Hamburg 62, Heidelberg 14, Heilbronn 4, Hirschberg 5, Jena 25, Karlsruhe 15, Kiel 7, Königsberg i. P. 18, Konstanz 2, Krefeld 9, Leipzig 82, Lübeck 7, Mainz 13, Mannheim 27, Meiningen 8, München 44, Nürnberg 25 Offenbach 14, Pforzheim 8, Plauen 19, Pößneck 15, Reutlingen 2, Rudolstadt 5, Sonneberg 9, Stuttgart 34, Tilsit 3, Treptow 116, Ulm 7, Weimar 22, Wiesbaden 17, Zittau 19, Zwickau 14. Im ganzen sind dies 1484 Einäscherungen.

Um die weltliche Schule

Die Errichtung einer weltlichen Schule in Treptow ist zurzeit Gegenstand der Beratungen einer Arbeitsgemeinschaft, die aus Vertretern der am Orte befindlichen drei sozialistischen Parteien zusammengesetzt ist. Die steigende Zahl der vom Religionsunterricht befreiten Kinder erfordert unbedingt die Zusammenfassung derselben in einer besonderen Schule. Näheres über die beabsichtigten Maßnahmen wird noch bekanntgegeben werden. Alle Arbeitereltern sollten die Arbeiten dieser Kommission unterstützen, indem sie, soweit es noch nicht geschehen ist, ihre schulpflichtigen Kinder schon jetzt vom Religionsunterricht befreien. Anträge dazu können jederzeit gestellt werden. Es genügt, den Kindern einen Zettel mit dem schriftlichen Ersuchen um Befreiung des betr. Kindes vom Religionsunterricht an den Lehrer oder Rektor der Schule mitzugeben. Antragsformulare, sowie jede Auskunft erteilen die Genossen Robert Janell, Gräfstr. 23, Oskar Sander, Kiesholzstr. 18b, Willi Bulan, Krüllstr. 1.

Auch in Baumschulenweg haben sich die drei sozialistischen Parteien zusammengeschlossen, um für die weltliche Schule zu werben. Einzeichnungslisten für Eltern, die ihre Kinder der weltlichen Schule zuführen wollen, liegen dort in folgenden Lokalen aus: Voges Nachfl., Baumschulenstraße, Ecke Ernststraße; Templin, Baumschulenstraße 27, und Haß, Baumschulenstraße, Ecke Frauenlobstraße.

Die Unglücksstelle auf dem Wannsee wurde gestern vormittag weiter abgesucht nach den noch vermißten Leichen. Mit Hilfe von Suchleinen gelang es, aus dem Schlamm die Leiche des Kaufmanns Adolf Aühyn aus Dahlem, Werderstraße 28, zu bergen. Es fehlen nunmehr noch die Leichen von drei Personen, die bei dem Dampferzusammenstoß verunglückt sind.

Der Butterpreis, der bisher als Vergleichsobjekt herhalten mußte, wenn es galt, hohe Preise für Ware irgendwelcher Art zu verteidigen, macht die allgemeine Hochflut der Preise nicht mit. Der Butterpreis befindet sich augenblicklich in rückläufiger Bewegung, im Gegensatz namentlich zu den Schmalz- und Margarinepreisen. Verursacht wurde diese Erscheinung durch etwas vermehrte Lieferungen der Molkereien und die Zurückhaltung der Verbraucher, deren Kaufkraft der neuen Teuerungswelle nicht mehr gewachsen ist. — Im Kleinhandel ist von einer Senkung des Butterpreises bisher noch nichts zu spüren.

Der Reigen der Mucker

Nach eintägiger Unterbrechung wurde gestern die Verhandlung gegen Frau Gertrud Eysoldt, Direktor Sladek und die elf Bühnenmitglieder fortgesetzt. Der Zeuge Rudolf Lebius hat an das Gericht einen Brief gerichtet, in dem er mitteilt, daß er der Separatvorstellung des „Reigens" am Sonntag nicht beigewohnt habe, da er es nicht über sich habe bringen können, sich etwas derartiges noch einmal anzusehen.

Nach Vernehmung von Zeugen, die an der Aufführung des „Reigen" nichts auszusetzen finden, wird der Zeuge Steinweg, Direktor des Zentralausschusses für innere Mission vernommen. Er bekundet: Ich kann sagen, daß ich an jeder Szene Anstoß genommen habe, insbesondere wurde durch die 5. Szene das Gefühl vieler Kreise auf das tiefste verletzt. Er halte alle Szenen, besonders aber die Eheszene, als anstößig.

Die Frage des Verteidigers Justizrat Rosenberger, von wem der Zeuge die Eintrittskarte erhalten habe, beantwortet der Zeuge dahin, daß die Karte ihm von Professor Brunner im Polizeipräsidium ausgehändigt worden wäre. Der Verteidiger weist im Anschluß darauf hin, daß nach der Meinung der Verteidigung hier ein organisiertes Aergernis vorliege, und daß der Organisator der Professor Brunner sei. Die Staatsanwaltschaft habe übrigens an 22 verschiedene Organisationen die Frage gerichtet, ob an dem „Reigen" etwas Anstößiges sei.

Als nächste Zeugin bekundet die Generalsekretärin der „Deutschen Bahnhofs-Mission", Fräulein Reineck: Mein Beruf zeigt mir stets die großen Gefahren, welche die naturalistische Lebensanschauung mit sich bringt. Ich bin zum ersten Male auf meine Kosten in die Vorstellung gegangen, und ich kann nur sagen, daß mein sittliches Empfinden von Anfang bis Ende durch dieses Stück auf das tiefste gekränkt wurde. Besonders anstößig war die Stelle, an der ein Soldat ein junges Dienstmädchen verführt und dann auf dessen Frage: „Hast du mich auch lieb" zynisch antwortet: „Das hast du doch eben gemerkt!"

Auf verschiedene Fragen erklärt Zeugin schließlich noch, daß sie die Gebetszene als eine Profanierung bezeichnen müsse, und schließt mit der Erklärung, daß sie nie glauben werde, daß eine derartige Darstellung des Schlechten und Gemeinen zum Guten erziehen könne.

Die Zeugin, Frau Margarete v. Arnim, geb. v. Arnim, ist Hausdame in einem Knabenerziehungsamt, erklärt, daß sie aufs höchste empört darüber war, daß die Kunst dazu gebraucht wird, um solche empörende Szenen, die doch bis an die äußerste Grenze der Andeutungen gehen, aufzuführen. Als deutsche Untertanin könne sie doch verlangen, daß so etwas nicht aufgeführt werde.

Zeuge Bankbeamter Hitzmann ist Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, ist aber nicht mit irgendeinem Auftrag des Bundes in die Vorstellung gegangen. An der Art der Aufführung habe er nichts auszusetzen gehabt, desto mehr aber an dem Stücke selbst. Der Zeuge hat u. a. Anstoß genommen an der Stelle, wo im Chambre séparée der Darsteller zum Abschluß dieser Szene laut ruft: „Kellner zahlen!" Als junger Mann hätte er sich so etwas ja gefallen lassen, aber jetzt in reiferen Jahren sei das anders.

Zeugin Frau Doris Wittner hat weder bei ihrem Besuch der Premiere, noch gestern Aergernis genommen, noch begriffen, wie an dem Werk Anstoß genommen werden könne.

Zu denen, die großes Aergernis genommen haben, gehören der Zeuge Regierungs- und Baurat Biermann, Mitglied der christlichen Studentenvereinigung und des christlichen Studenten-Weltbundes, und Zeuge Dr. Schreiber, Theologe und Vorsitzender der deutsch-evangelischen Mission für Fragen der Volkssittlichkeit. Dieser hat Anstoß genommen als Deutscher, Preuße und Berliner.

Frau Hauptmann Müller, Mitglied des Völkischen Schutz- und Trutzbündnisses, des „Herold", des „Aufrechten", des Deutschen Offiziersbundes, des Verbandes deutschnationaler Soldaten usw., hat gewußt, daß am 22. Februar das Kleine Theater „ausgeräuchert" werden solle und ist auf ein selbstbezahltes Billet in die Vorstellung gegangen, um zu sehen, wie das deutsche Volk sich diesem Stück gegenüber verhält.

Direktor Sladek behauptet, daß diese Zeugin im Foyer großen Lärm gemacht uno mehrfach geschrien habe: „Das verdanken wir diesen Judenbengels!" Auf Vorhalt gibt die Zeugin zu, daß sie gestern ihre beiden 21- und 20jährigen Söhne unbefugt mit in die nichtöffentliche Vorstellung genommen habe. Ihr ältester Sohn sei im Kriege Offizier gewesen, und beide Söhne, die doch zu der Generation gehören, die das Deutschland der Zukunft repräsentiert und deutsches Wesen und deutsche Ehre „hochhalten" soll, hätten ein lebhaftes Interesse daran gehabt, dieses Stück „kennen zu lernen".

Komba und Arbeitsnachweisgesetz

Der Kampf gegen die Selbstverwaltung der Arbeitsnachweise

In Nr. 456 der „Freiheit" vom 29. September berichteten wir bereits über das borniierte Verhalten des Kommunal-Beamten-Bundes (Komba), der sich ganz reaktionären Bestrebungen hingibt, dem sämtliche Angestellte der Arbeitsnachweise Berlins unter Leitung der Berliner Gewerkschaftskommission entgegentraten. Es wurde damals in einer Versammlung beschlossen, mit aller Schärfe den Kampf gegen den unheilvollen Einfluß des Komba aufzunehmen. In welcher Richtung der Komba arbeitet und von welcher Bedeutung der Anschlag gegen die Selbstverwaltung der Arbeitsnachweise ist, zeigt der folgende instruktive Aufsatz, der uns von sachmännischer Seite zuging:

Seit jeher verfolgen die Gewerkschaften die Entwickelung der Arbeitsnachweise mit größter Aufmerksamkeit. Die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse und die Verbandstage der einzelnen Organisationen liefern hierfür die Beweise. Neuerdings betrachtet der Komba auch den Arbeitsnachweis als günstiges Objekt seines Kampfes um die „wohlerworbenen Rechte des Berufsbeamtentums". Das gegenwärtig den gesetzgebenden Körperschaften vorliegende Arbeitsnachweisgesetz soll dem Komba seinem Ziele näherbringen. In der Zeitschrift „Rundschau für Kommunalbeamte" fordert ein Mitglied das Monopol des Arbeitsnachweises für die Beamten. Seine Stoßseufzer werden in der Nr. 38 der genannten Zeitschrift als Abänderungsanträge zum Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes von der Bezirksgruppe Berlin übernommen.

Das Arbeitsnachweisgesetz entspricht ohnehin nicht den berechtigten Erwartungen der organisierten Arbeiterschaft. Benutzungszwang, Abschaffung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung innerhalb kürzester Frist nach Inkrafttreten des Gesetzes sowie weitestgehendes Selbstverwaltungsrecht der Organe des Arbeitsnachweises sind nur sehr mangelhaft berücksichtigt. Neben den praktischen und ideellen Gründen für die Selbstverwaltung spricht vor allen Dingen der rechtliche Gesichtspunkt der Kostendeckung. Zwei Drittel der Kosten des Arbeitsnachweises sollen nach dem vorliegenden Entwurf von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf Kosten der Arbeitslosenversicherung aufgebracht werden. Hiergegen kämpft in erster Linie der Komba. Die Beiträge sollen zur Hälfte aus öffentlichen Mitteln entnommen werden, um, wie es in dem Artikel heißt, „den öffentlichen, insbesondere gemeindlichen Körperschaften voll und ganz ihren Einfluß auf die Arbeitsnachweise in unparteiischer Weise zu sichern." Bezeichnenderweise wird weiter gesagt: „Sollten zwei Drittel der Kosten von privaten Körperschaften (als ob die Arbeitslosenversicherung eine private Körperschaft wäre) getragen werden, so werden letztere naturgemäß verlangen, den überwiegenden Einfluß auf die in Frage kommenden Arbeitsnachweise auszuüben. Ob dadurch die Unparteilichkeit der Amtshandlungen gewahrt bleibt, ist zu bezweifeln."

In folgender Forderung offenbart der Komba seine ganze Seele. § 7 Abs. 2 des Gesetzes gibt den Errichtungsgemeinden die Berechtigung, Vertreter mit beratender Stimme in den Verwaltungsausschuß zu entsenden. Da schiebt der Komba die Gemeinde beiseite; für die Rechte der Gemeinde, für die er sonst einzutreten vorgibt, darf kein Raum sein. Bureaukratismus muß Trumpf bleiben! „Die Errichtungsgemeinde müßte verpflichtet sein, in dem Verwaltungsausschuß Vertreter der Beamtenkammer usw. mit beratender Stimme mitwirken zu lassen." Man glaubt sicher die Unparteilichkeit der Amtshandlung zu wahren, wenn offizielle Vertreter einer einseitig, nur auf das **Berufsbeamtentum** sich konzentrierenden Organisation in den Verwaltungsausschuß entsandt werden. Dies widerspricht nicht nur dem Selbstverwaltungsrecht der Arbeitnehmer, Arbeitgeber sowie der Gemeinden, sondern auch dem der Arbeitslosen, da dem Verwaltungsausschuß nach dem vorliegenden Referentenentwurf zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (§ 46) weitgehende Rechte in bezug auf die Entscheidung von Beschwerden Arbeitsloser eingeräumt werden. Krasser noch wird das Selbstverwaltungsrecht illusorisch gemacht durch die weiter beantragte Aenderung: „daß der Geschäftsführer und die Arbeitsvermittler des Arbeitsnachweises, die nach § 13 Abs. 1 von der Gemeinde auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses bestellt werden, nur unter Zustimmung der Beamtenkammer (welche in Berlin identisch mit dem Komba ist) zu wählen sind."

Die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten des Arbeitsnachweises lehnen es ab, derartig durch den Komba vertreten zu werden. Ihr Standpunkt ist bekanntlich der, gemeinsam mit den Gewerkschaftsgenossen den Ausbau des Arbeitsnachweises so zu bewirken, daß eine enge Fühlung mit den Gewerkschaften erhalten bleibt resp. gefördert werden muß, die der Bedeutung der Gewerkschaften entspricht. Weiter fordert der Komba, die Anzeigepflicht der Arbeitgeber bei Ausständen und Aussperrungen an den Arbeitsnachweis auch auf die Gewerkschaften auszudehnen. Dabei müßte doch der Komba wissen, daß gerade dieser Punkt Gegenstand eingehender Erörterungen der maßgebenden Kreise mit der Regierung gewesen ist. Lediglich aus technischen Gründen und ferner, weil die Unterlassung der Anzeigepflicht (§ 56 d. A. N.-Gesetzes) mit Strafe verknüpft ist, hat man von der geforderten Maßnahme abgesehen.

Der Benutzungszwang, der von fast allen Arbeitsnachweisangestellten mit allem Nachdruck vertreten wird, ist für den Komba keine zwingende Notwendigkeit. Der Kommunalbeamtenverband begnügt sich lediglich mit einer verschärften Forderung der Meldepflicht offener Stellen. Auch sonst gehen die Anträge dahin, den Bureaukratismus in Reinkultur zur Geltung zu bringen und den Arbeitsnachweis schwerfällig zu gestalten. Man ist päpstlicher als der Papst. Selbst in der Begründung zum Gesetzentwurf wird ausgesprochen, daß „Selbstverwaltung" auch hier den Gegensatz von „verwaltet werden" bedeutet. Nach eigenem Ermessen soll der Arbeitsnachweis „für die Berufsbedürfnisse gestaltet und mit Leben und Kraft erfüllt werden". Die Arbeitsvermittlung kann nicht bureaukratisch schematisiert vor sich gehen. Sie kann und muß und darf nur ausgeübt werden von Personen, die nicht nur eingehend Betriebe und Betriebsformen kennen, sondern vor allem in den Arbeits- und Betriebsformen kennen, sondern vor allem in den Arbeitslosen ihre Berufskollegen sehen. Im Unterausschuß und im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates haben sowohl Arbeitgeber- wie auch Arbeitnehmervertreter zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeitsnachweisangestellten Angestellte der Arbeitsnachweise sein sollen und nicht Beamte einer Gemeindebehörde.

Die Bestrebungen des Berufsbeamtentums, den Arbeitsnachweis zu erobern, dürfen keine Stütze finden; die Wirksamkeit des Arbeitsnachweises würde in diesem Falle nur Schaden erleiden. Wir zweifeln daran, ob sich überhaupt eine politische Partei für solche Anträge einsetzen wird. **Die Gewerkschaften sind verpflichtet, diesen Bestrebungen entgegenzutreten, ihre Mitglieder** in dieser wichtigen Frage **aufzuklären** und ihren ganzen Einfluß einzusetzen gegen ein Ansinnen, das ein dünkelhaftes und letzten Endes reaktionäres Berufsbeamtentum zu stellen sich erdreistet.

Maßregelungen im Gastwirtsgewerbe

Der fünf Wochen währende Kampf im Berliner Gastwirtsgewerbe hat gezeigt, daß ein Teil der Unternehmer zu den schlimmsten Scharfmachern gehört. Haben diese Unternehmer durch ihre Haltung während des Kampfes deutlich bewiesen, daß ihnen an einer Beilegung des Konflikts nichts gelegen sei, so zeigen sie jetzt nach Abschluß des Kampfes, daß sie gewillt sind, mit allen Mitteln neuen Konfliktsstoff zu schaffen, um die Angestellten im Gastwirtsgewerbe aufs neue bis aufs Blut zu reizen.

Unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums kam ein Schiedsspruch zustande, den die kämpfenden Angestellten mit sehr gemischten Gefühlen aufnehmen mußten. Trotzdem erklärten sich die Vertreter der Angestellten-Organisationen bereit, den Streikenden die Annahme des gefällten Schiedsspruches und der getroffenen, im Reichsarbeitsministerium protokollarisch festgelegten Vereinbarungen zu empfehlen. Das ist am Montag in sechs großen Streikversammlungen, allerdings gegen eine starke Opposition, geschehen.

Die Unternehmer verpflichteten sich gleichfalls, die getroffenen Vereinbarungen innezuhalten. Wie die Unternehmer gegen die schriftlichen Abmachungen verstoßen, dafür folgende Beispiele:

Der Schiedsspruch sagt wörtlich: 1. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks finden nicht statt. 2. Die Inbetriebnahme der Unternehmungen erfolgt, sobald das technisch möglich ist.

Was machen nun die Unternehmer aus diesen klaren Bestimmungen des Schiedsspruchs? Im Hotel „Kaiserhof", wo gegen 700 Angestellte am Streik beteiligt waren, wurde diesen gestern, als sie sich zur Wiederaufnahme der Arbeit einfanden, erklärt, daß jeder Angestellte einzeln kommen müsse, um sich eintragen zu lassen. **Er würde dann schriftlichen Bescheid bekommen, ob und unter welchen Umständen seine Wiedereinstellung erfolgen werde.** Nach diesem Schema verfahren zahlreiche Betriebe mit tausenden Beschäftigten. Der Zweck der Uebung ist klar. Es sollen auf diese Weise diejenigen Angestellten, die nach Meinung der Unternehmer „Unruhe" in den Betrieb gebracht haben, herausgesucht und gemaßregelt werden.

Noch ärger treiben es andere Firmen. So erklärte beispielsweise die Firma „Traube" ihren sich zum Wiedereintritt

---

Der einzige Weg

Roman von Paul Rebour

Uebersetzt von Rudolf Fürst.

Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(13. Fortsetzung.)

Der andere sprach weiter:

„Die Besitzer dieser beiden großen Fischteiche haben, um in unserer Volkswirtschaft zu fischen, sieben solide Netze. Vier von ihnen sind Girobanken . . drei Handelsbanken . . Weißt du, wieviel diese patriotischen und uneigennützigen Banken von der Regierung für die Anleihen bezogen haben? 23 Millionen im Jahre 1917, 60 Millionen im Jahre 1918 . . ."

Réal war entsetzt über diese Ziffern, die er nicht zum erstenmal hörte. Die Auskünfte, die er eingezogen hatte, ergänzten einander genau. Das war also alles wahr, was die Tischgäste bei Malapied zugegeben hatten und was nun Jacobi behauptete! Er suchte doch noch nach mildernden Umständen:

„Ohne Aufsicht, das ist doch unmöglich! Da übertreibst du denn doch ein bißchen . . ."

„Gewiß doch, ohne Aufsicht. Diese Banken sind Privatunternehmungen und legen Rechnung ab, wann es ihnen paßt. Die Bilanz des Crédit Lyonnais, die ein paar Milliarden zum Gegenstand hat, umfaßt zehn Zeilen im Bericht der Generalversammlung . . ."

Jacobis spöttischer Ton gab seinen Behauptungen immer etwas Paradoxes. Réal wollte ein wenig tiefer in seine Gedanken eindringen.

„Das ist ja alles sehr nett, alter Freund. Es ändert aber nichts an der Tatsache, daß es in Frankreich auch einen Finanzminister gibt und daß dieser kein Bankier ist."

„Aber doch, mein Teuerster . . . Der Finanzminister wird immer mehr ein Geschöpf der großen Banken. Was sollte er denn auch gegen sie tun? Die ganze Regierung besteht aus gewissenhaften, zuverlässigen Leuten, die freilich verschieden gefärbt und geschickt hergerichtet, aber durchaus gefügig sind. Darauf kommt es an. Es gibt kein Kabinett, das ohne die Zustimmung, besser gesagt, das nicht nach der Anweisung der Bankherren zustande kommt. Das ist schließlich ihr Recht, denn sie zahlen ja. Und dieser Umstand gestattet einem Hundert Privatleuten ohne Auftrag und ohne Verantwortlichkeit, nach ihrem Geschmack das Land zu beherrschen."

Er schwieg und trank sein Bier aus. Réal dachte nach. Endlich glaubte er den schwachen Punkt dieser Behauptungen gefunden zu haben:

„Du sprichst immerfort von der Finanz. Aber du vergissest, scheint mir, Handel und Industrie. Ich denke, die haben doch auch noch etwas zu sagen."

„Alle sind dem gemeinsamen Ziel untertan, alle gut erzogen. Sei unbesorgt, jedem ist seine Rolle zugeteilt. Die verschiedenen Verbände der Bergwerke, der Kohlengruben, der Industriellen und Kaufleute sind sich einig, vom Staat das Höchstausmaß von Konzessionen und Aufträgen zu erlangen. Der Staat — das sind die Banken. Alles Spießgesellen . . ."

Der andere verlor den Boden unter den Füßen. Er suchte nach einer Stütze:

„Aber es gibt doch auch ein Parlament."

„Gut bemerkt! Die Völker müssen doch den Eindruck haben, daß sie sich selbst regieren . . . Wir haben unser Parlament wie die Deutschen, die Engländer, die Amerikaner. Eine oligarchische Herrschaft wäre unhaltbar, wenn sie sich zu erkennen gäbe, wenn sie nicht zwischen sich und das Volk die Verfassung legte. Deshalb hat man unter verschiedenen Namen Maschinen zur Zügelung der Völker erfunden, Maschinen zur Veröffentlichung der Gesetze, zur Bewilligung der Anleihen und Konzessionen . ."

Er lachte:

„Hast du vielleicht Lust, über die moralische Unabhängigkeit der Abgeordneten zu sprechen?"

„Nein," fügte sich Réal.

„Schade."

Hierin war Réals Ansicht durchaus gefestigt. Ein Abgeordneter ist reich oder arm. Ist er reich, so stimmt er natürlicherweise mit den Reichen. Besitzt er kein Vermögen, wird er beratender Ingenieur oder Rechtsanwalt, wie Poincaré, Barthou, Millerand, Viviani, wie Waldeck-Rousseau, der 100 000 Franken jährlich von Versicherungsgesellschaften bezog, für die er niemals einen Rechtshandel zu führen hatte. Herrliches Auskunftsmittel! Man bezahlt doch nicht den Abgeordneten, pfui! Man bezahlt den Rechtsanwalt, den Ingenieur! Er wird schließlich Intimus des Hauses, lernt die krummsten Gänge der Geschäfte kennen, man legt ihm Bekenntnisse ab, eröffnet ihm die heikelsten Geschäftsgeheimnisse; seine berufsmäßige Verschwiegenheit macht ihm natürlich zum stummen Mitschuldigen, lähmt seine Zunge und feuert seinen Fleiß an. Er wird Berichterstatter in den Ausschüssen. Die alte Ueberlieferung, gestärkt durch die Unwissenheit der anderen Abgeordneten, erfordert, daß einzig der Berichterstatter für alle anderen arbeitet. Man stimmt seinen Anträgen zu. Alles ist gerettet. Frankreich auch . . ."

Ueber einen Punkt war sich Réal noch im unklaren: in der Kammer gibt es doch eine Opposition. Wie ist also die Behauptung möglich, das ganze Parlament sei käuflich?

Jacobi erwiderte auf Réals Frage:

„Das ist ganz einfach. Die Leute der äußersten Linken lasse ich zunächst beiseite, diese unartigen Kinder, oder wenn du lieber willst, diese Kinder schlechtweg, die sich noch nicht zu benehmen wissen. Die übrige Opposition? Sie spiegelt die Gegnerschaft zweier großer Finanzgruppen ab, jener, die an der Macht ist, und der anderen, die nach der Macht strebt."

Walter Jacobi hatte eine Zigarette angezündet, die er zwischen seinen tabakgelben Fingern hielt. Er stieß einige Rauchwolken vor sich hin und gab in dem leichten Tone, der in so seltsamem Gegensatz zu dem Ernst seiner Auseinandersetzungen stand, einige Kleinigkeiten aus der Zeitgeschichte zum besten:

„Es gibt in Frankreich Finanzgruppen, die im Wettstreit liegen. Die einen bemächtigen sich der Amtsstellen, die den Kredit der Nation regeln, die anderen der guten Geschäfte. Verstend vor gegenseitiger Eifersucht führen die gegnerischen Gruppen große Feldzüge, du weißt wohl, welche . . ."

„Was denn? Du meinst doch nicht den Boulanger-Rummel, Panama, den Fall Dreyfus . . .?"

„Genau das meine ich. Die braven Mitbürger haben sich eingebildet, es handle sich um einen Vorstoß des Militarismus, um eine Auflehnung gegen die Unsauberkeit des Parlaments, gegen den Unfehlbarkeitsdünkel des Generalstabs. Alles nur Vorwände. Boulangisten, Politiker, Generale, Sozialisten waren in diese Kämpfe verwickelt, wie die Regimenter, die man zum Sturm ansetzt und die man morden läßt, ohne daß sie auch nur die strategischen Gründe des Angriffs kennen. Im Antiklerikalismus, in den Gesetzen gegen die geistlichen Orden äußert sich dieser finanzielle Wettstreit. Ohne ein großer Prophet zu sein, kann ich schon bei Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland den nächsten Krach voraussehen. Die Partei, die an der Macht ist, wird im Augenblick Ruhe zwischen den Nationen vorziehen. Mit ihr werden alle vernünftigen Menschen, alle Industriellen, alle Kaufleute gehen. Infolgedessen wird die Gegenpartei, um dem Ministerium, vielmehr der Gruppe der Regierungsbanken, Schwierigkeiten zu machen, das Banner der großen Prinzipien entfalten und wird im Namen der Witwen, der Waisen, des verwüsteten Nordens unserer Oeffentlichkeit weismachen, daß der Haß eine vaterländische Pflicht ist. Paß auf . . . du wirst sehen, daß ich recht habe . . ."

Jacobi gefiel sich manchmal darin, einem Gedanken nachzugehen, ohne an das ursprüngliche Thema zu denken. Réal erinnerte ihn.

(Fortsetzung folgt.)

meldenden Angestellten, daß sie nur Mitglieder des neu gegründeten gelben Vereins einstelle, die am Streik nicht beteiligt waren.

Nur wenige Firmen, wie das Eden-Hotel, Hotel Heßler, die Firma Kempinsky u. a., halten sich an die Vereinbarungen.

Man sieht, daß die Unternehmer es darauf angelegt haben, die Früchte des von ihnen provozierten Machtkampfes zu ernten. Allzu durchsichtig ist ihr Gebahren. Sie wollen versuchen, auf diese Weise die verhaßte Organisation der Gastwirtsangestellten zu sprengen, um für die Zukunft im Gastwirtsgewerbe nach eigenem Ermessen schalten und walten zu können. Daß dieser Zustand nicht eintritt, dafür werden in erster Linie die Angestellten im Berliner Gastwirtsgewerbe selbst einzutreten wissen. Sie werden zeigen, daß sie den fünfwöchigen Kampf in dem Bewußtsein geführt haben, den Machtgelüsten der Unternehmer ein für allemal ein Ende zu bereiten.

Betriebsräte!

Wir bitten, die am 15. November, abends 7 Uhr, in der Stadthalle im neuen Rathause, Stralauer Str. 65, stattfindende Versammlung des Vereins proletarischer Kinderfreunde zu besuchen, da es uns unbedingt notwendig erscheint, die breite Masse der Arbeiterschaft mehr als bisher auf diese außerordentlich wichtige Arbeit aufmerksam zu machen. Tagesordnung: **1. Die proletarische Erziehungsarbeit in Wien.** Referent: Bürgermeister Genosse **Winter, Wien.** Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

Kampf der Portiers?

Der Portier-Verband teilt mit:

Seit Monaten stehen die Portiers und Hausreiniger in Verhandlungen mit den Haus- und Grundbesitzern. Am 3. Oktober ist endlich vom Schlichtungsausschuß ein Spruch gefällt, der zwar nicht den Wünschen und Forderungen der Berufskollegen Rechnung trägt, der aber, wenn auch unter Protest, in den beschließenden Versammlungen angenommen wurde. Die Haus- und Grundbesitzer haben den Schiedsspruch abgelehnt. Am Mittwoch, den 9. November wird nun endlich vom Demobilmachungskommissar eingegriffen werden, da von unserer Organisation, dem Deutchen Portier-Verband, die Verbindlicherklärung des Schiedsspruches beantragt ist. In der Hand des Demobilmachungskommissars liegt es also, den Frieden zu erhalten, andernfalls ein **Kampf von ungeheurer Schärfe** heraufbeschworen würde.

Gewerkschaftsgenossen! Wir wenden uns an euch, damit ihr uns in unserem gerechten Kampfe durch euere Solidarität unterstützt. Vor allem wenden wir uns aber an die Gewerkschaftsgenossen und Genossinnen, welche Portierstellen und Hauszeinigungen inne haben und in anderen Verbänden organisiert sind, damit einheitlich die Bewegung durchgeführt werden kann. Lang genug hat unsere Geduld gedauert, alle Verschleppungen und sonstigen Manöver haben wir über uns ergehen lassen, nun aber heißt es genug damit. Wir erwarten, falls wir zum Kampfe gezwungen werden, strengste Solidarität der gesamten Arbeiterschaft.

Zu weiteren Auskünften sind wir jederzeit in unseren Bureau, Bayreuther Str. 31, bereit. Deutscher Portier-Verband, Sektion 8 des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Aussperrung in den Deutschen Kabelwerken

Wegen Lohndifferenzen (23 Pf. bei einem Objekt von 40 M.) hat die Gummireifenfabrik der D. K. W. die Arbeiter der Wickelei ausgesperrt resp. fristlos entlassen. Da die Firma nicht die im Tarifvertrag vorgesehenen Schlichtungsinstanzen zur Regelung der Differenzen angerufen hat, wird hiermit über den Betrieb die Sperre verhängt. **Zuzug von Gummiarbeitern ist unter allen Umständen fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck ersucht.** Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Der Schiedsspruch im Einzelhandel von den Arbeitgebern abgelehnt! Nachdem am 8. September 1921 ein neuer Lohntarif mit der Einzelhandelsgemeinschaft und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband vereinbart wurde, konnte eine Verständigung mit den Arbeitgebern über den Neuabschluß des Manteltarifes nicht erzielt werden. In der Hauptsache handelte es sich um die Gewährung eines halben freien Tages im Monat, welcher schon seit Jahren für das kaufmännische Personal des Einzelhandels tariflich vereinbart ist. Der Schlichtungsausschuß, welcher zur Entscheidung angerufen wurde, hat durch Schiedsspruch auch den Handelshilfsarbeitern den halben freien Tag zugesprochen. Die Arbeitgeber lehnten den Schiedsspruch ab; die Arbeitnehmer haben demselben ihre Zustimmung erteilt. In einer überfüllten Versammlung dieser Berufsschicht erstattete Puhlmeier Bericht und teilte mit, daß die Unternehmer nur dann den halben freien Tag gewähren wollen, wenn die Handelshilfsarbeiter die Verpflichtung eingehen, dafür — Ueberstunden zu leisten. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Zunächst soll noch der Entscheid des Demobilmachungskommissars abgewartet werden. Die Organisationsleitung wurde beauftragt, die Verhandlungen über neue Lohnsätze noch vor dem 15. November 1921 mit den Arbeitgebern aufzunehmen, da die zur Zeit gezahlten Löhne dringend noch vor dem 15. November 1921 eine wesentliche Aufbesserung benötigen. Ueber das Verhalten der Arbeitgeber herrschte starke Erregung unter den Versammelten, die von den einzelnen Diskussionsrednern dahin beantwortet wurde, sich bereitzuhalten, falls das letzte Mittel der Organisation zur Anwendung gebracht werden müßte.

Erwerbslosenversammlung in Schöneberg. Eine von den Erwerbslosenvertretern der freien Gewerkschaften einberufene Versammlung der Erwerbslosen des Bezirks XI Schöneberg-Friedenau, am 3. November 1921 ergab die Unzufriedenheit der Erwerbslosen, hervorgerufen durch die in das Unendliche steigende Teuerung der notwendigsten Lebensmittel und gab der festen Erwartung Ausdruck auf ausreichende Beschäftigung oder auf eine der Teuerung entsprechende Unterstützung um eine menschenwürdige Existenz zu gewährleisten und eine Sonderbewilligung, zwecks Beschaffung von Brennmaterial und Winterkleidung, um einer weiteren Verbreitung der Tuberkulose, dieser furchtbaren Proletarierkrankheit nicht noch mehr Vorschub zu leisten. Die anwesenden Erwerbslosen, ohne Unterschied der Partei, richten einen dringenden Appel an sämtliche Institutionen, Wohlfahrtseinrichtungen, Arbeitsministerium und die Gewerkschaften, sowie alle politischen Parteien, mit ihrem ganzen sozialem Empfinden und ihrer Macht sich restlos, betrachtend als einfachste Menschenpflicht, für die Linderung der furchtbaren Not der Erwerbslosen einzusetzen und durchgreifende Maßnahmen gegen den überhandnehmenden Lebensmittelwucher zu fordern.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Unsere Kollegenschaft ist verpflichtet, zu der heute nachmittag stattfindenden Demonstration vollzählig zu erscheinen. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr am Spittelmarkt, Eingang Untergrundbahnhof. Abmarsch von dort 2,20 Uhr.

Zentralverband der Hausangestellten, Ortsgruppe Berlin, Engelufer 29, part. Tel. Moritzplatz 11371. Donnerstag, 10. November, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der Schulaula, Winterfeldtstraße 16. Vortrag über die Volksfürsorge.

Stereotypeure und Galvanoplastiker. Donnerstag, den 10. November, nachm. 4½ Uhr, Vertrauensmänner-Versammlung bei Schirm, Charlottenstr. 7-8.

Reichsbetriebsrätekongreß der Bergarbeiter

Erster Verhandlungstag

Magdeburg, 6. November.

Im „Wilhelmspark" zu Magdeburg begann heute der Reichsbetriebsrätekongreß der Bergarbeiter Deutschlands. Es sind vertreten: **312 Delegierte,** 23 Mitglieder des Vorstandes, 39 Angestellte der Bezirksleitung, 2 Mitglieder der Betriebsräte-Zentrale. Die Delegierten gehören folgenden Organisationen an: Bergarbeiter 247, Fabrikarbeiter 13, Transportarbeiter 7, Heizer und Maschinisten 10, AfA 35. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt. Im Namen des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes begrüßt Husemann den Kongreß und besonders die Delegierten aus Oberschlesien. Von ihnen trennt uns eine künstlich gezogene Grenze, die aller Vernunft Hohn spricht. Auch die Delegierten des Saarreviers, das noch keine Betriebsräte wählen konnte und daher Arbeiterausschußmitglieder schickte, heißt er herzlich willkommen. Ebenso begrüßt er die erschienenen Gäste, unter denen sich ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums befindet, die Pressevertreter und die Vertreter der anderen Organisationen, besonders die der Afa. Es soll erneut bestätigt werden, **daß Hand- und Kopfarbeiter zusammengehören.** Redner bedauert, daß die Metallarbeiter keine Vertreter entsandt haben. Er weist ferner darauf hin, in welcher ernsten Stunde der Kongreß zusammentritt und daß in den nächsten Tagen Lohnverhandlungen im Bergbau beginnen. Meinungsverschiedenheiten bittet er sachlich auszutragen. (Starker Beifall.)

Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Konstituierung des Kongresses. 2. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands. (Referent: Otto Hue, Essen.) 3. Aufgaben und Tätigkeit der Betriebsräte im Bergbau. (Referent: Albert Martmöller, Bochum.) 4. Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie. (Referent: R. Woldt, Berlin.) 5. Schlichtungsordnung und Tarifvertragsgesetz. (Referent: P. Umbreit, Berlin.) 6. Sonstiges.

Auf Antrag Herrmann, Zwickau, werden folgende Kollegen mit der Leitung der Tagung betraut: Vorsitzende: Husemann-Bochum, Halbfell-Gladbach (AfA), Sonntag-Lugau; Schriftführer: Simon-Aachen und Schäfer-Kassel; Beisitzer: Lachmann-Kattowitz und Pabel-Dortmund. Nach Genehmigung der Tagesordnung erhält das Wort zu seinem Referat Otto Hue, der ungefähr folgendes ausführt: Das Betriebsrätegesetz stellt unter anderem den Betriebsräten auch die Aufgabe, mit den Unternehmern für höchste Wirtschaftlichkeit der Betriebe Sorge zu tragen. Dazu ist notwendig, daß sie einen tiefen Einblick in das Wesen des Produktionsprozesses bekommen und sich darüber hinaus auch mit **weltwirtschaftlichen Fragen** beschäftigen, da jeder Einzelbetrieb nur eine Zelle der Gesamtwirtschaft ist.

Hue führt weiter aus, daß wir einen großen Teil unser Kohlen- und etwa 75 Proz unserer Eisenerze verloren haben, hinzukommt der Verlust der Zollunion mit Luxemburg und das oberschlesische Zink, außerdem große Agrarbezirke. Dieser Verlust ist eine Folge des verlorenen Krieges, und der Friedensvertrag ist wieder die logische Folge desselben. Deshalb muß es für uns heißen:

Nie wieder Krieg!

Redner führt weiter aus, daß die wirtschaftliche Krise sich in den Siegerländern noch viel stärker fühlbar mache als bei uns. Durch das Sinken der Mark betreiben wir einen geradezu katastrophalen Export, durch die Einführung einer fremden Geldwährung im Saarkohlengebiet ist eine Verschlechterung erzielt worden, denn der Frankfurs hat den Kohlenpreis in die Höhe getrieben und die Folgen davon sind, daß die Halden volliegen und die Bergarbeiter feiern müssen. Es müsse deshalb verlangt werden, **eine internationale Regelung des Kohlenaustausches** nach den Bedürfnissen der einzelnen Länder. So nur können Stilllegungen großer Kohlengebiete und Entlassungen von Bergarbeitern verhindert werden. Es fehlt eben jede Planmäßigkeit in der Wirtschaft und kapitalistischer Egoismus ist Trumpf. Die Unternehmer sträuben sich auch gegen die Sozialisierung und wollen nur die freie ungehinderte Ausbeutung. Das Betriebsrätegesetz ist geschaffen **als Vorstufe der Sozialisierung,** die Unternehmer aber sabotieren nach allen Regeln der Kunst das Gesetz. Redner streift die sogenannte Kredithilfe der deutschen Industriellen, die die Marke trägt: **„echt national".**

Die deutschen Bergarbeiter sind jederzeit zum Wiederaufbau bereit. Wir müssen aber betonen, daß dazu die jetzt losgetrennten Gebiete gehören. **Der Aufbau ist aber auf dem Wege der privaten Wirtschaft unmöglich. Wird die Menschheit nicht mit dem sittlichen Ideal des Sozialismus erfüllt, dann ist keine Rettung möglich! Halten Sie fest an den Forderungen der Demokratisierung und Sozialisierung des Bergbaues!**

Dem beifällig aufgenommenen Referat folgt keine Diskussion. Dafür gelangte eine Resolution zur Annahme, die sich für die

Sozialisierung der Urprodukte

der Wirtschaft, des Kohlenbergbaues ausspricht und verlangt, daß der Betriebsrätekongreß sich dafür einsetzen soll, daß die Siebenstundenschicht gesetzlich festgelegt werde.

Ueber Aufgaben und Tätigkeit der Betriebsräte referierte Albert Martmöller-Bochum. Die Grundsätze seiner Ausführungen legt er in einer Entschließung nieder, in der ausgesprochen wird, daß das Betriebsrätegesetz als der Anfang eines neuen Arbeitsrechts und einer Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie erblickt wird. Das Gesetz entspricht aber nicht den berechtigten Forderungen der Arbeiter, deshalb wird verlangt, daß

1. eine Aenderung des Betriebsrätegesetzes erfolgt dahingehend, daß die Rechte der Betriebsräte erweitert und das in der Verfassung verkündete Mitbestimmungsrecht gegeben wird, 2. das Gesetz über die Bezirkswirtschaftsräte zur Tatsache wird, 3. die neuen Arbeitsgerichte eingeführt werden, 4. ein Reichsberggesetz geschaffen wird.

Nach diesem Referat setzt eine lebhafte Diskussion ein. Husemann teilt mit, daß zu diesem Punkte außer den gedruckt vorliegenden 26 Anträgen noch weitere 20 Anträge eingelaufen sind, die einer zu wählenden Redaktionskommission überwiesen werden sollen.

In der Debatte über das Referat Martmöllers erhoben die Vertreter der einzelnen Gruben Forderungen, die sich mit den Forderungen des Referats und der Entschließung decken. Nachdem zirka 15 Redner zum Wort gekommen waren, erfolgte auf Antrag Keil-Salzungen Schluß der Debatte. Sie soll, wenn es erforderlich wird, beim Bericht der Redaktionskommission am Montag fortgesetzt werden.

Kurz vor Schluß des ersten Tages wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, **die gegen die Note des Generals Nollet protestiert, welche auf eine Zerstörung der Werksanlagen der „Reichswerke A. G." hinzielt.** Der Kongreß fordert das Internationale Gewerkschaftsbureau in Amsterdam auf, schleunigst geeignete Schritte mit den Gewerkschaftsvertretern in den Ententestaaten zu unternehmen zur Verhinderung der Note des Generals Nollet.

Darauf erfolgt Vertagung auf Montag vormittag 8.30 Uhr.

Aus der Partei

Ein Parteijubilar

Dieser Tage vollendete unser alter verdienter Genosse Robert Dick, Schneidermeister in Ulm, sein 70. Lebensjahr. Robert Dick ist vielen älteren Genossen kein Unbekannter. Schon in jungen Jahren führte ihn sein Weg zur sozialistischen Bewegung. Im Frühjahr 1868 trat er zu Bremen dem Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bei. Im Jahre 1871 siedelte er nach Ulm über. Er war während des Sozialistengesetzes die Seele der sozialistischen Bewegung des schwäbischen Oberlandes. Was er während dieser schweren Zeit der Sache des Sozialismus geleistet hat, wird ihm unvergessen bleiben. Als das imperialistische Völkermorden anhob, war unser Robert Dick keine Minute darüber im Zweifel, in welches Lager er gehörte. Stets war er dort zu finden, wo es galt, die Grundsätze des revolutionären Sozialismus zu verteidigen. Das Vertrauen der Genossen berief ihn schon vor vielen Jahren in das Ulmer Stadtparlament. Möge dem treuen Kämpfer noch ein langer, glücklicher Lebensabend beschieden sein.

Warnung!

Gegenwärtig treibt ein Schwindler-Ehepaar Wunderlich in der Partei sein Unwesen. Vor allem ist es die Frau, die unter Berufung auf ihre Verwandtschaft mit bekannten führenden Personen unserer Partei die Genossen und die Parteikassen zu schröpfen versucht. Derartige Manöver sind dem Ehepaar sowohl in rheinländischen als in sächsischen Städten und anderswo gelungen. Gegenwärtig befindet es sich zu gleichem Tun in Württemberg.

Aus der Parteipresse

Die soeben erschienene Nr. 45 der von Dr. Rud. Breitscheid herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift „Der Sozialist" enthält folgende Beiträge: Die drohende Stinnesкoalition von Rud. Breitscheid; Die sozialistische Volkshochschule von Kurt H. Busse; Die Arbeiterbewegung in Amerika von Joseph Shaplen; Gandhi und das Spinnrad von Taraknath Das; Henri Barbusse von Irma Hist; Sozialistische Ethik von Paul Krische; Notizen; Bücherschau.

„Der Sozialist" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Breitscheid, Berlin W. 15, zum Preise von vierteljährlich 20 M., Einzelnummer 2 M., zu beziehen.

„Sozialistische Genossenschaft." Die soeben erschienene Nummer 12 der Sozialistischen Genossenschaft (Halbmonatsschrift für sozialistische Genossenschafter) enthält folgende Beiträge: Die Konsumgenossenschaft und die sozialistische Wirtschaftspolitik. — Genossenschaften und Bolschewismus. — Die Entwicklung der Schlächterei des Allgemeinen Konsumvereins. — Auslandsumschau. — Berichte. — Statistisches. — Besprechungen. — Notizen. — Eingänge.

Die Sozialistische Genossenschaft erscheint monatlich zweimal und ist durch alle Postanstalten und jeden Briefträger zum Preise von 10.— M. pro Quartal zu beziehen. Probenummern versendet der Verlag.

Arbeitersport

Schachfreunde Schönebergs und Umgebung. Abteilung Westen 1 des Arbeiter-Schachbundes. Spielabend jeden Mittwoch, 7½ Uhr, bei Weigmann, Fritz-Reuter-Straße 1, Ecke Tempelhofer Straße. Sonntag vormittag, ab 10 Uhr, freier Schachverkehr. Gäste stets willkommen. Anfänger erhalten kostenfreie Unterweisung. Auskunft erteilt Stiezel, Fenrigstr. 62, Gartenhaus.

Parteiveranstaltungen

Mittwoch, 9. November

4. Distrikt. Die Parteigenossen treffen sich nicht am Winterfeldtplatz, sondern Dennewitzplatz, nachmittags 2¾ Uhr, wo sich sämtliche westlichen Bezirke anschließen.

9. Distrikt (Wedding). Abends 7 Uhr Frauenbildungsabend in der Schulaula Lüttichерstr. 47-48.

11. Distrikt. Der Treffpunkt ist nicht Königstor, sondern Kreuzwalderplatz. Abmarsch ½3 Uhr pünktlich. Nach Schluß der Demonstration sammeln sich die Distriktsgenossen Ecke Frankfurter Allee. (Distriktsbanner beachten.)

14. Distrikt. Unsere Revolutionsfeier findet nicht in der Heckerschen Realschule, sondern in Bütters Festsälen, Schwedter Str. 23, statt.

Lichtenberg. Abmarsch der Lichtenberger Genossen zur Demonstration nach der Wiesenwiese pünktlich 2¾ Uhr an der Mittelpromenade der Frankfurter Allee an der Kronprinzenstraße.

Karlshorst. Abends 7 Uhr Revolutionsgedenkfeier in der Aula der Schule Augusta-Viktoria-Straße. Referent: Genosse Schlichting.

Weißensee. Abends 7 Uhr in der Gemeindeturn- und Festhalle, Pistoriusstr. 23, Revolutionsfeier verbunden mit Instrumentalkonzert, Rezitation, Ansprache, Liedervorträgen und einem kurzen revolutionären Theaterstück. Eintritt 2 M.

Freitag, 11. November.

8. Distrikt. Abends 7 Uhr Abteilungs-Sitzungen. 1. Abt. bei Darleben, Burgsdorffstr. 13. 2. Abt. bei Erdmann, Schöneberger Str. 25.

Sektion Post und Telegraphie. Abends 8 Uhr wichtige Funktionär-Versammlung in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9.

Vereinskalender

Sozialistische Proletarierjugend Groß-Berlin. Donnerstag, den 10. November, abends 7 Uhr Zentralvorstandssitzung im Sekretariat.

Mittwoch, 9. November

Kreuzberger Harmonie. Zur Mitwirkung an der Revolutionsfeier der U. S. P. Neukölln, werden die Mitglieder ersucht, sich zahlreich und pünktlich ½7 Uhr in der Aula, Boddinstr. 34-41, einzufinden.

Donnerstag, 10. November.

Schutzverband der Schwerhörigen E. V. Abends 7½ Uhr Ablese- und Sprachpflegeunterricht in der Schwerhörigen-Schule Gethsemanestr. 4. Gäste willkommen.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung Charlottenburg 2, Rest. Ruhland, Savigny-Platz 5; 8 Uhr Wilmersdorf, Augustahof, Augustastr. 1; 7½ Uhr Friedenau, Rest. Hohenzollern, Handjerystraße; Abends 7½ Uhr Lichtenberg, Rest. zur Hütte, Frankfurter Allee Nr. 226; abends 7 Uhr Norden 1, Oswald Berliner, Pranzenstr. 140; abends 7½ Uhr Osten 1, Hochbahnrestaurant, Stralauer Allee 78; 7½ Uhr Südwest, Göbels Restaurant, Tempelhofer Ufer 6.

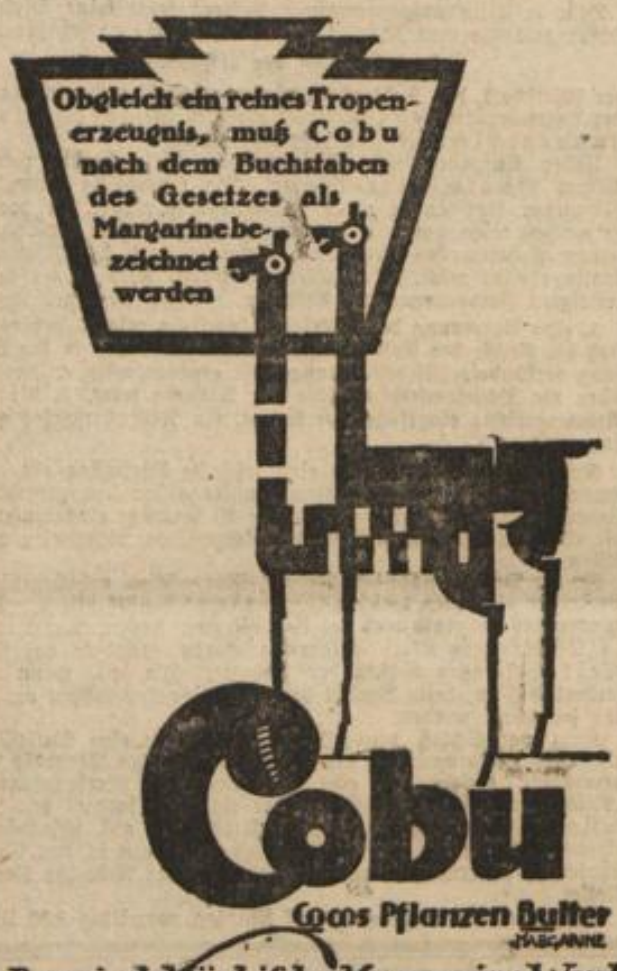
Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche: Graph. Gewerbe. Abends 7 Uhr Vertrauensmännersitzung aller Gruppen des graphischen Gewerbes bei Feyerta, Melchiorstr. 15. Erscheinen dringend notwendig. — Branche 3a: Eisen, Eisenwaren, Röhren, Werkzeughandel. Abends 6 Uhr Vollversammlung im Restaurant des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24-25.

Verband Volksgesundheit. Abends 7½ Uhr Vortrag des Genossen Otto Gelling in der Oberrealschule, Niederwallstr. 12.

Sonnabend, 12. November.

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Gruppe Landschaftsgärtnerei. Abends 7 Uhr Gruppenversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24, Saal 5. Tagesordnung: Bericht über den Verlauf der Lohnbewegung.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Rudner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.



Bergisch-Märkische Margarine-Werke
F. A. Issersted A.G.
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf.

Generalvertretung:
FRANZ JOS. GFRÖRER, Berlin W 50
Ansbacher Str. 56 • Fernspr.: Steinpl. 4848 u. 12144

PELZWAREN auf Teilzahlung
Pelzwarenfabrik Kallis
Tile-Wardenberg-Straße 11
am Bahnhof Tiergarten

Glühlampen
Halbwattlampen und sämtl. Elektro-Installat.-Material kauft
Schröder, Bernauer Str. 101
Fabrikgeb. III.

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen!

Noch billig!!

Ulster	228, 376
Astrachanmäntel, schwarz	350
Gummimäntel für Damen	416
Gummimäntel für Herren	513
Plüschmäntel, Mohär .	897
Seidenplüschmäntel .	1394
Sealplüschmäntel . .	3270
Pelzmäntel	5200
Strickjacken, Wolle . .	268
Stoffröcke	69
Kostüme, gefüttert . .	298
Modell-Kostüme . . .	981
Impr. Mäntel	189
Impr. Seidenmäntel . .	371

Nachmittags zeitweise starker Andrang, Besuch möglichst vormittags erbeten

WESTMANN
1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Man verlange in allen einschlägigen Geschäften ausdrücklich
Urbin-Terpentinölware,
die noch nie erreichte Qualität.

Händler gesucht für den Vertrieb aktueller Broschüren. Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

„Hausrat" Gemeinnützige Ges. m. b. H.
Schöneberg, Sachsendamm Nr. 44

In unserem Ausstellungslokal Berlin N, Müllerstraße 175, zeigen wir in komplett hergerichteten Räumen
einfache, zweckmäßige Möbel, für 1- und 2-Zimmerwohnungen
Vom 25. Oktober bis 10. November Ausstellung von Musterküchen u. Spielzeug, täglich von 10 bis 6 Uhr • Eintritt frei

Soeben erschienen:
Zum Jahrestag
der proletarischen Revolution
in Rußland

Inhalt: **Karl Radek:** Nach vier Jahren. / **L. Trotzki:** Die Oktoberrevolution. / **N. Lenin:** Die Krise naht der Lösung. / **A. Joffe:** Die erste proletarische Regierung. / **Clara Zetkin:** Die russische Revolution eine Quelle moralischer Kraft. / **Bela Kun:** „Nieder mit den Sowjets!" **Charles Rappoport:** Die Oktoberrevolution und das französische Proletariat. / **A. Thalheimer:** Die russische und die deutsche Revolution. / **Fritz Heckert:** Die Oktoberrevolution im unterirdischen Deutschland. / **Franz Koritschoner:** Die Oktoberrevolution und das alte Oesterreich. **J. Skalak:** Die Wirkungen der Oktoberrevolution in Böhmen. / **M. Vanek:** Tschechische Legionen u. die Oktoberrevolution. / **Karl Kreibich:** Die russische Revolution und das Proletariat der Tschechoslovakei. / **Julius Alpari:** Die proletarische Revolution in Rußland und die ungarische Arbeiterschaft. / **War van Overstraeten:** Die russische Revolution und das belgische Proletariat. / **Allen Wallenius:** Die russische Revolution und Finnland. / **Henriette Roland-Holst:** Die Wirkungen der russischen Revolution auf die holländische Arbeiterklasse. **Ivon Jones:** Was wußten wir über die Oktoberrevolution in Süd-Afrika. / **M. Philips Price:** Der Einfluß der russischen Revolution in Westeuropa. — **Illustrationen:** Es lebe der Weltoktober der proletarischen Revolution! (mehrfarbiges Plakat) / Am Grabe der Konterrevolution (mehrfarbiges Plakat). / Volksversammlung auf dem Uritzki-Platz in Petrograd (Photographie). / Aus den Julikämpfen in Petrograd (Photographie). / Manifestation der Roten Armee in Moskau (Photographie).
74 Seiten — Preis 2.— M.

Zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley \ Hamburg 11

Ende November erscheint der
USPD
Taschen-Kalender 1922

Aus dem Inhalt:
Aufgaben der Betriebsvertretungen
Lohnsteuer, Abzug vom Arbeitslohn / Hilfe bei Unglücksfällen
Einnahme- und Ausgabetabellen
Statistik der Reichstagswahlen
Reichhaltiges Adressen-Material
Tarife / Interessante Notizen u. a.
★
Gutes schreibfähiges Papier
Halbleinen gebunden

5.— Mark

Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2 / Breite Straße 8-9

Betriebs-Obleute!
Soeben erschien in zweiter, erweiterter und veränderter Auflage
Der Betriebsobmann
Von Rudolf Weck — Preis 4.— Mark
Zu beziehen durch jede Buchhandlung, durch alle Organisationen, Betriebsrätezentralen, Gewerkschaftskartelle oder direkt von der
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2 — Breite Straße 8-9
Auch durch alle Filialen der „Freiheit"

Die USP über die Steuervorlagen

Deutscher Reichstag

Mittwoch, 8. November

Kleine Anfragen

Abg. **Albrecht** (U. S.) fragt die Regierung, was sie gegen die **Einführung der 56stündigen Arbeitswoche auf den Leunawerken** zu tun gedenke.

Regierungsrat **Kerschenstein:** Die 56stündige Arbeitswoche sei angeblich wegen Arbeitermangel eingeführt worden. Die 56stündige Arbeitswoche sei auf Werken, wie dem Leunawerk, auch nach dem Achtstundengesetz zulässig. Der besondere Fall werde aber von dem preußischen Ministerium weiter untersucht. Eine endgültige Antwort könne daher von der Regierung heute nicht gegeben werden.

Abg. Luise **Zietz** (U. S.) kritisiert, daß **von mehreren Fernsprechämtern und vom Postscheckamt zahlreiche Personen entlassen** wurden, obwohl bald darauf wieder Leute, und zwar mehr als Entlassene, eingestellt werden. Billigt der Reichspostminister diese unsozialen Maßnahmen?

Ein Regierungsvertreter: Die Entlassungen sind wegen **Ablauf der Urlaubsperiode** und wegen Entbehrlichkeit der betreffenden Angestellten vorgenommen worden. Sie sollen aber **wieder eingestellt** werden, soweit sie länger als zwei Jahre im Postdienst waren oder soweit sie, obwohl sie es ursprünglich abgelehnt hatten, bis zum 15. November erklären, daß sie in das Beamtenverhältnis aufgenommen werden möchten.

Abg. **Rosenfeld** (U. S.) legt der Regierung

26 Fragen

vor wegen der Aufhebung des Hauptverhandlungstermins gegen die Kappisten Jagow, Wangenheim und Schiele.

Regierungsrat **Werner:** Am 14. Oktober reichte der Verteidiger der Angeschuldigten Ehrhardt, Bauer, Pabst und Schnitzler den Antrag ein, die Genannten **gegen Sicherheitsleistung mit der Untersuchungshaft zu verschonen.** Entgegen dem Antrag des Oberreichsanwalts, den Antrag des Verteidigers abzulehnen, hat der 1. Strafsenat am 17. Oktober den Angeschuldigten **sicheres Geleit erteilt** unter der Bedingung, daß sie an einem vom Untersuchungsrichter zu bestimmenden Ort im Inland Aufenthalt nehmen und jeder Ladung zu einem gerichtlichen Termin folgen müssen. **Eine Aufhebung der Haftbefehle ist nicht erfolgt.** Zur Vermeidung einer doppelten Verhandlung ist der Termin am 27. Oktober gegen Wangenheim und Jagow aufgehoben worden. Der Anordnung des zweiten und dritten Strafsenats waren Gründe nicht beigefügt. Der jetzige Aufenthalt der Angeschuldigten Bauer, Ehrhardt, Pabst und Schnitzler ist der Reichsregierung nicht bekannt, sie sollen sich im Ausland befinden. **Am 7. Dezember d. J. soll der Haupttermin gegen Jagow, Wangenheim und Schiele erfolgen.** Der Termin gegen den Kommunisten Ewert ist erst nach Aufhebung des Termins gegen Jagow auf den 27. Oktober angesetzt worden.

Abg. **Rosenfeld** (zur Ergänzung): Der Vertreter der Regierung hat meine Fragen, ob die Regierung gewillt ist, die Prozesse gegen die Kappisten endlich durchzuführen, und ob sie von der

deutschnationalen Gesinnung sämtlicher Richter

in dem gegen die Kappisten schwebenden Hochverratsprozeß unterrichtet ist, nicht beantwortet. Daß der Termin gegen den Kommunisten Ewert erst nach Aufhebung des Termins gegen Jagow und Genossen anberaumt sei, ist nicht wahr. Der Vorsitzende des Strafsenats hat dem Verteidiger des Ewert selbst gesagt, zunächst soll der Termin Ewert und dann der Kappistentermin stattfinden.

Regierungsvertreter **Werner:** Nach **meinen Informationen** ist der Termin gegen Ewert nach **Aufhebung des Termins gegen Jagow anberaumt worden.** (Dr. Rosenfeld: Und die Frage 25 und 26?)

Fortsetzung der Steuerdebatte

Reichswirtschaftsminister **Schmidt** wendet sich gegen einige Ausführungen Helfferichs vom Montag: Nach Abschluß des Ultimatums ergab sich in der Tat **eine kurze, sehr erhebliche Herunterssetzung des Dollars.** Diese Zeit ist von der Devisenbeschaffungsstelle ausgenutzt worden. Es kam auch ein sehr starkes Angebot von Devisen auf den Markt. Da aber die Entwaffnungsfrage und der Konflikt mit Bayern politisch störend eingriff, hat sich diese Situation nicht fortgesetzt. Was also Herr Helfferich gestern über diese Dinge anderes sagte, trifft nicht zu.

Abg. Dr. **Becker** (D. Vp.) kritisiert die von der Regierung vorgelegten Steuervorlagen. Das Ultimatum kann nicht erfüllt werden.

Ich unterschreibe alles,
was gestern die Kollegen Helfferich und Dietrich gesagt haben.

Nicht nur die Steuersätze für die hohen, sondern auch die für die mittleren Vermögen müssen abgebaut werden.

Die Rede des Genossen Dr. Hertz

Helfferich hat gestern, sekundiert von Becker, versucht, die gegenwärtige trostlose Lage unserer Finanzen auf die Annahme des Ultimatums zurückzuführen. Es kann von dieser Stelle aus nicht oft genug ins Volk geschleudert werden, daß diese Behauptung nicht berechtigt ist. Vom 9. Mai ab, dem Tage vor der Annahme des Ultimatums, ist der Markkurs gestiegen. Noch am 29. Mai wurde der Dollar mit 62.11 notiert, anstatt mit 67,25 am 9. Mai. Selbst am 4. Juni stand er mit 64,94 immer unter dem Stand vom Vortage der Annahme des Ultimatums. Erst in der zweiten Hälfte des Juni beginnt das sprunghafte Sinken der Mark. Damals hatte die Hetze der Deutschnationalen das Vertrauen in die Ordnung der deutschen Finanzen so untergraben, daß die Spekulation riesig anschwoll. Im übrigen hat Herr Helfferich mit seiner im August 1915 als Vizekanzler abgegebenen Erklärung:

die Anstifter des Weltkriegs

sollten jahrzehntelang das Bleigewicht der Milliarden nachschleppen, den Ententekapitalisten nur das Stichwort gegeben von dem, was sie jetzt gegen Deutschland unternehmen. Weiß niemand von den Herren der rechten Seite, wie große Lasten Sie **der Entente auferlegen** wollten, daß Sie **jährliche Reparationen von 24 Milliarden** von ihnen zu fordern beabsichtigen? (Unruhe rechts.) Wenn Helfferich gestern erklärte, er habe alles vorausgesehen, was sich seit der Annahme des Ultimatums zugetragen hat, so muß man an seinen gestrigen Ausführungen berechtigten Zweifel aufkommen lassen. Selbst wenn man zugeben wollte, daß Helfferich die Sehergabe besessen habe, dann müßte er ja gerade aus dieser Erkenntnis der Lage auch dazu gekommen sein, Vorschläge zu machen, wie diese Lasten abzuwälzen oder zu mindern sind. Aber jene Kreise haben sogar **die**

Steuerflucht und die Kapitalflucht

gewaltig gefördert. Sie haben zum Steuerstreik aufgefordert. Sie sind deshalb zum großen Teil schuld an der Finanznot des Reiches. Die Mark ist auf weniger als 1½ Pfennige gesunken. Das hat die denkbar schwerste **Gefährdung der Arbeiterklasse** im Gefolge. Sie (nach rechts) schädigt der Rückgang nicht. Sie profitieren dabei. Der Rückgang bedeutet, daß die Preise aller Waren, bei deren Herstellung ausländische Produkte einen erheblichen Teil des Rohstoffes ausmachen, sprunghaft in die Höhe gehen. Wie der Marksturz auf die **Preise der inländischen Produkte** in verhältnismäßig kurzer Zeit gewirkt hat, ersieht man daran, daß die Weizenpreise, die z. B. am 18. August 4000 Mark für die Tonne an der Berliner Börse betrugen, jetzt auf mehr als das Doppelte, auf über 8500 Mark, gestiegen sind. Dasselbe ist der Fall bei den übrigen Lebensmitteln.

Eine ungeheure Lawine der Teuerung

wälzt sich heran. Eine Teuerungswelle, die alles in den Schatten stellen wird, was wir bisher erlebt haben. Dieser Steigerung der Ausgaben im Haushalt muß eine Erhöhung der Einnahmen folgen. Blieben die Löhne der Arbeiter und Angestellten hinter der Teuerung zurück, so würde jetzt **für Million ein permanenter Hungerzustand eintreten.** Ausreichende Steigerung der Löhne und Gehälter aber bedeutet Steigerung des Defizits. Wir haben gewarnt, dem unseligen Kreislauf zwischen Lohn und Preissteigerung untätig zuzusehen. Man hat nicht darauf gehört. Gerade **die Herren von der deutschen Industrie** sind es im weiteren gewesen, die der Gesundung der Finanzen bisher Widerstand entgegengesetzt haben. Aber auch die Regierung ist nicht unschuldig. Sie hat sich von dem Geschrei der Besitzenden viel zu sehr einschüchtern lassen. Sie hat versäumt, nach Annahme des Ultimatums Maßnahmen zu treffen, die notwendig waren, das Vertrauen in die Finanzkraft, in die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu stärken. Deshalb fiel die Mark unablässig. Jetzt ist die Gefahr außerordentlich groß, daß **das Ausland deutsche Zahlungsmittel überhaupt nicht mehr annimmt.** Die Börse ist zu einer Spielhölle geworden. Die Spekulation hat alle Kreise des Volkes ergriffen. Lange Zeit war das Zutrauen zur Mark bei uns im Inlande geringer als im Auslande. Jetzt haben sich die Dinge entschieden gewandelt. Die Senkung der Mark geht jetzt von den ausländischen Börsenplätzen aus.

Helfferich hat jetzt den ersten Erfolg seiner Maßnahmen erzielt.

Er hat erreicht, daß das Geschrei von der mangelnden Zahlungsfähigkeit Deutschlands die Mark bis ins Bodenlose gestürzt hat. Das Ausland besitzt Unsummen von deutschen Mark. Versucht es, sie abzustoßen, so wird in kurzer Zeit die Mark nur noch

den Bruchteil eines Pfennigs

wert sein. Das bedeutet Arbeitslosigkeit in dem Umfange, wie wir sie jetzt in Amerika und England erleben, das bedeutet **Abschneidung von der Lebensmittelzufuhr.** Wenn auch der Ernährungsminister frohlockend angekündigt hat, daß wir unseren Lebensmittelbedarf bis zum Frühjahr gedeckt haben, so entsteht die Frage: was machen wir aber nachher, wenn unsere Vorräte völlig erschöpft sind? Der Abg. Helfferich hat gestern gemeint, weit wichtiger als die Valuta ist die Sicherung **des Privateigentums.** (Hört! Hört! links.) Deutlicher kann man wohl nicht erklären, wie uninteressiert diese Kreise Deutschlands an einem günstigen Stand der Valuta, an billigen Lebensmitteln und billigen Rohstoffen sind. Es ist, als ob gewisse Kreise in der deutschen Industrie die deutsche Mark mit Absicht hinabdrücken wollen. Ein rheinländischer Industrieller erklärte erst kürzlich den Fall der Mark als **das Wünschenswerte für die deutsche Industrie.** (Hört, hört! links.) Genau so wirkt die Weigerung der Bankwelt zur Teilnahme an der Londoner Währungskonferenz.

Was kann geschehen, diesen

furchtbaren, katastrophalen Zuständen

zu begegnen? Es muß verhindert werden, daß eine neue Blockade, ungleich stärker als die während des Krieges, uns auferlegt wird. Wir müssen verhindern, daß die Arbeiter und Angestellten die Notleidenden der katastrophalen Geldentwertung werden. Wir müssen verhindern, daß die Besitzer der Produktionsmittel **riesige Gewinne aus der Niederhaltung der Löhne und sonstigen Gestehungskosten und aus der Notlage der konsumierenden Masse** ziehen.

Von anderem ist bei den Steuervorlagen der Regierung nichts zu erkennen. Die Regierung beschreitet keine neuen Bahnen. Nur keine neuen Experimente, verkündet der Reichsfinanzminister, in demselben Augenblick, in dem die sorgsamen Berechnungen der Regierung über die neuen Steuern durch eine neue Marksenkung glatt über den Haufen geworfen sind. Trotzdem auf diese Weise die **Ausgaben für die Reparationen und für die Löhne und Gehälter** ins Riesenhafte über das bei der Ausarbeitung der Finanzpläne zugrunde Gelegte hinausgewachsen sind, soll an diesen Finanzplänen auch für die Gegenwart nichts geändert werden. Wenn die Regierung unter diesen völlig veränderten Umständen an ihren alten Steuerbahnen festhalten will, dann scheint auch sie der Meinung zu sein: Erst ein

völliger Zusammenbruch der Staatswirtschaft,

dann neue Bahnen wandeln in unserer Steuerpolitik. So wie man während des Krieges vier Jahre lang dem Phantom des Sieges nachgejagt hat, die Aufbringung der Kriegskosten den Gegnern zu überlassen, so scheint man auch jetzt mit einem glücklichen Zufall, von dem niemand weiß, wie er aussieht, zu rechnen. Auch wir halten die Reparationsverpflichtungen für unerfüllbar. Aber um die Unerfüllbarkeit nachzuweisen, muß Deutschland seinen **guten Willen zur Erfüllung** gezeigt haben. Daß man das aber gegenwärtig tut oder bereits getan hat, wird kaum jemand behaupten. Auch jetzt werden wieder völlig unzulängliche Maßnahmen vorgeschlagen. Es gibt nur ein Mittel zur gesunden Staatswirtschaft und das ist **das rücksichtslose Einsetzen der ganzen Staatsmacht,** und zwar müssen im Innern solche Summen aufgebracht werden, die die Notenpresse mit Sicherheit zum Stillstand bringen. Das Reich darf nicht mehr länger in die Notlage versetzt werden, neue Zahlungsverpflichten durch Bewegung der Notenpresse zu decken. Das würde die Entwicklung des Dollarkurses so verschärfen, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger nicht mehr in der Lage wären, auch nur die Nahrungsmittel zu kaufen, die sie haben müssen, um aufrecht stehen zu können. Ganz zu schweigen davon, daß sie über größte Leistungsfähigkeit verfügen müssen.

Das Finanzprogramm der Regierung

läßt diese beiden Gesichtspunkte durchaus nicht erkennen. Es ist deshalb für uns undiskutierbar. Die neuen Steuervorlagen bringen **günstigenfalls ein Mehr** von 42 Milliarden, notwendig aber sind **fast 200 Milliarden. Von** den 42 Milliarden aber wird ein erheblicher Teil **nicht einmal sofort, sondern erst in mehreren Jahren eingehen.** Es sind sehr **ausgeleierte Bahnen,** die hier von der Regierung dem deutschen Volke zugemutet werden. Es ist das alte Spiel, das wir bei jeder Finanzreform gesehen haben, den größten Teil des Bedarfs auf dem Wege der Besteuerung des Verbrauchs, der Massenbelastung zu decken. **In einer Zeit, in der die Lohnerhöhungen stets hinter den steigenden Preisen zurückbleiben, in der die auswärtige Konkurrenz keinen Einfluß auf die Gesetze der Preisgestaltung hat, in einer Zeit, wo also dem Wucher Tür und Tor geöffnet sind, wo das Sinken der Mark die Preise und damit auch die Steuer unaufhörlich in die Höhe treibt, ist eine solche Steuerpolitik für uns unannehmbar.** Um so mehr, als bei der Unzulänglichkeit der Regierungsvorlagen und der Gegnerschaft der bürgerlichen Parteien sich keine Aussicht eröffnet, daß das Finanzprogramm der Regierung ausreichen wird, um den inneren und äußeren Bedarf des Reichs zu decken und so das Ziel zu erreichen, das Voraussetzung ist für die Dis-

Billige Preise für vornehme **Winterkleidung**

Größte Auswahl — Enorme Vorräte

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, nach den neuesten Modellen verfertigt.

Ulster aus haltbaren Stoffen, in braun, grau oder oliv 285.00

Schlüpfer, Raglans und Ulster aus grünen, stahlgrauen und braunen Fischgräten- und Diagonalgeweben, hervorragende Qualitäten . . . . M. 600 550.00

Schlüpfer, Raglans und Ulster aus hell und dunkelgemusterten Flausch-, Homespun- und Diagonalstoffen . . . . . M. 800 700.00

Schlüpfer, Raglans und Ulster aus erstklassigen Fabrikaten in wundervoll hellen und dunklen Farbenstellungen M. 1800, 1500, 1200, 1000 900.00

Winter-Paletots aus vorzüglichen Marengo- und schwarzen Stoffen . . M. 1350, 1200, 1000, 900 800.00

Winter-Joppen aus festem Lodenstoff, warm gefüttert, Interims- und Sportform . . . . M. 600, 500, 450, 350, 300, 250 175.00

Knaben- und Jünglings-Ulster in allen Fassons . . . . . zu mäßigen Preisen

Uebergangs-Ulster, Schlüpfer u. Raglans a. Homesp. u. Cheviot M. 1000, 900, 750, 600 475.00

Uebergangs-Paletots a. marengo Cheviot, in guten Qualitäten . . . . . M. 800, 700 575.00

Gummimäntel für Damen und Herren, hochgeschlossen und mit Fasson, in guten Qualitäten . M. 550, 450, 375 290.00

Gummimäntel in Double u. Covertcoat, in hervorragenden Qualitäten . . . . . M. 1200, 900, 750, 650 550.00

Lodenmäntel für Damen und Herren aus gutem Strichloden und Kamelhaarloden . . . . M. 550, 450, 350 275.00

Loden-Pelerinen für Damen und Herren, u. wetterfestem Strichloden . . . . . M. 300, 225 190.00

Geh- und Sportpelze

Jackett-Anzüge aus guten blaugrauen, gröb gestreiften u. andersfarbigen Stoffen hergestellt . . . . . M. 600, 500 450.00

Jackett-Anzüge aus vorzüglich. Stoffen in den neuesten Mustern, gestreift, kariert und einfarbig, auch Homespun . . M. 800, 750 690.00

Jackett-Anzüge aus erstklassigen Kammgarn- und Cheviotstoffen, in blau und farbig . . . . . M. 1500, 1350, 1200, 1000 900.00

Sport-Anzüge aus Pa. Manchester mit Bridges-Hosen, in grau, braun, und grüner Farbe . . . . . M. 1000 850.00

Sport-Anzüge aus Homespun, Loden und gemustert. Cheviot M. 850, 750 600.00

Hosen in allen Preislagen, von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten, anfangend mit M. 55.00

Schulanzüge in verschiedenen Fassons und Qualitäten M. 200, 150, 120 90.00

Engl. Offiziersmäntel in braunmelierter Farbe, aus dickem, wetterfestem und wasserdichten Wollstoff, mit wollenem Leibfutter 550.00

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotagen und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

kussion einer so schwerwiegenden Belastung der großen Masse der Bevölkerung. Es werden Zustände eintreten, daß **trotz dieser ungeheuren Belastung keine Hebung des Markkurses, keine Milderung der Notenflut, keine Minderung der Geldentwertung zu erreichen ist.** Der Abg. Helfferich hat gestern gemeint, es bleibt nichts anderes übrig, als den Vorlagen über die Verbrauchssteuern zuzustimmen. Die Entente wolle Verbrauchssteuern. **Nein! Die Entente will Geld.** Wie es aufgebracht wird, ist ihr ganz gleichgültig. **Aber uns nicht.** Die Entente hat sich auf der Brüsseler Konferenz infolge des unheilvollen Einflusses eines deutschen Regierungsvertreters zu der Meinung verleiten lassen, die Besitzsteuern in Deutschland seien unerträglich hoch, es käme nur noch Erhöhung der Verbrauchssteuern in Betracht. Die Vertreter der Entente haben nicht beachtet, daß die geringen Steuererträge und die geringen Erträge aus den Zöllen vor allen Dingen aus dem Rückgang des Konsums herrühren. Auch die Besitzsteuern werden gegenwärtig zum größten Teil abgewälzt. Die Geldentwertung und Verzögerung der Einziehung haben die Belastung gewaltig gemindert. Deshalb ist es gegenwärtig die dringendste Aufgabe,

den Sturz der Mark aufzuhalten,

zu verhindern, daß die Inlandspreise sich in vollem Umfange den Weltmarktpreisen annähern. Würde letzteres eintreten, würden wir trotz Markkurssteigerung auch später keine Möglichkeit haben, das Inlandspreisniveau hinreichend zu beeinflussen. Deshalb fordern wir Maßnahmen, die sofort durchgeführt werden müssen. (Hier folgt die im Hauptblatt abgedruckte Erklärung.) Helfferich erklärte gestern, durch die Zahlung der ersten Goldmilliarde habe die Regierung die Devisenbesitzer schwer geschädigt. Nicht das Reich hat die Devisenbesitzer geschädigt, obwohl das nützlich wäre, sondern die **Devisenbesitzer haben das Reich nicht nur um die Steuer betrogen, sondern sie haben auch den Valutasturz gewaltsam heraufbeschworen.** Nicht mehr, sondern **weniger Steuern als im Frieden werden heute von den besitzenden Kreisen in Deutschland gezahlt.** Das Steueraufkommen betrug im Frieden etwa 5 Milliarden Goldmark. Von Besitz- und Einkommensteuern sind bisher nur Bruchteile gezahlt worden. 12 Milliarden im letzten Steuerjahr. Diese 12 Milliarden stammen zu einem **sehr erheblichen Teil** aus Arbeitslöhnen und Gehältern der Angestellten. Das Jahreseinkommen des gesamten deutschen Volkes wird auf 200—250 Milliarden geschätzt. Und wenn nur, wie im Frieden, 15 Prozent des Einkommens an Steuer gezahlt worden wären, so würde das 30 Milliarden Mark ergeben, und nicht nur 12 Milliarden. Dieses Ergebnis ist um so aufreizender, als es im schroffsten Gegensatz steht zu

der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft,

wie sie sie gegenwärtig wieder erreicht hat. Die deutsche Wirtschaft ist nicht ungesund, ungesund sind nur die deutschen Finanzen. **Die gesunde Wirtschaft hat bisher nichts getan, um die Staatsfinanzen gesund zu machen.** Unsere Staatsfinanzen sind ungesund, weil nicht genügend Steuern auf den Besitz gelegt und diese Steuern nicht einmal rasch genug erhoben worden sind.

In **England** hatte man während des Krieges eine Jahreseinnahme von 12,6 Milliarden Mark durch Steuern. **Wenn Herr Helfferich im Jahre 1915, anstatt über die englische Finanzpolitik zu spotten, das englische Beispiel nachgeahmt hätte, dann hätten wir jetzt gesunde Finanzen.** In England ist die Steuerdefraudation so gut wie unbekannt. Nicht ein Prozent wird dort defraudiert, während es bei uns nicht ein Prozent gibt, das nicht defraudiert. (Unruhe rechts.) Wenn die Besitzenden hier einmal jene Vaterlandsliebe zeigten, die die Engländer beweisen, dann würden sie hier nicht über die Steuern stöhnen.

Nun zur Kreditaktion der Industrie

Diese Aktion ist nicht entstanden aus dem Willen der Industrie, der Finanznot des Reiches abzuhelfen, sondern aus Angst vor den Massen, die empört sind über die Steuerbelastung und aus Angst vor der Erfassung der Goldwerte. Die neueste Entschließung der Industriellen zeigt, daß sie sich auch diese furchtbare Notlage des Reiches zunutze zu machen versuchen, zu **einer politischen Erpressung schlimmster Art.** Die Heraufschnellung des Dollars auf 300 Mark ist die Antwort des Auslandes auf diese Kreditaktion. Das Recht des Staates, Steuern zu erheben, wird von den Industriellen in eine Gnade umgefälscht, die sie mit einer Kreditaktion dem Reich gewähren wollen. Helfferich hat sich gestern bemüht, sein Einverständnis mit dem Mann der Nachbarfraktion, Stinnes, zu zeigen, der diese Aktion eingeleitet hat. Diese Aktion ist nichts als eine Selbsteinschätzung der Industriellen. **Ich möchte den Entrüstungsschrei hören, wenn die Arbeiterschaft bestimmen wollte, wieviel sie für das Reich zahlen will.** (Zuruf Crispien: Helfferich wird Armenunterstützung beantragen!) Für ihr Gold wollen die Großkapitalisten politische Macht erkaufen. Man will den Sturz der Mark zum völligen Zusammenbruch der Finanzen ausnutzen. **Man will das Chaos, weil man die Hoffnung hat, daß nach ihm dann die monarchistische Reaktion erstehen werde.** (Lebh. sehr richtig links.) Dr. Becker hat heute gesagt, die Industrie will die Gesundung der Finanzen. Was haben Sie bis jetzt dazu beigetragen? Wo sind Ihre Leistungen? Warum hat Dr. Becker nicht gesagt, was derjenige seiner Fraktion an Steuerleistungen aufgebracht hat, der an der **Spitze eines Konzerns mit über 7 Milliarden Mark Kapital steht?**

Die Rechte wünscht, daß im Reichshaushalt gespart wird. Wir machen den Vorschlag, daß zu sparen angefangen wird bei den hohen Pensionen. **Es gibt politisch tätige Personen, die im vollen Besitz ihrer körperlichen Kräfte sind und die trotzdem die Mittel des Reiches für die Zwecke der Pension in Anspruch nehmen resp. bis in die kürzeste Zeit genommen haben.**

Nur die Erfassung der Goldwerte kann die Rettung bringen.

Als Voraussetzung für die Kreditaktion hat die Industrie die Aufhebung des Achtstundentages verlangt. Ich rate Ihnen, es zu wagen, diese Forderung in die Tat umzusetzen! Selbst aus den Versammlungen der christlichen Arbeiter und der deutschnationalen Handlungsgehilfen würden Sie mit blutigen Köpfen heimkehren. Für uns ist die Kreditaktion nie etwas anderes gewesen als ein **riesenhaftes Schwindelmanöver.** Wir halten es für eine schwere Unterlassungssünde, daß die Regierung gestern dazu geschwiegen hat. Wir verlangen von ihr eine klare, unzweideutige Antwort. **Wir stehen nicht an, zu erklären, daß**

von dem Ausfall dieser Antwort die Stellung der Unabhängigen Fraktion abhängt.

Die Deutsche Volkspartei hat erfreulicherweise keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nicht nur grundsätzlich, sondern auch tatsächlich die Erfassung der Goldwerte ablehnt. Das schafft Klarheit. Das muß auch den Rechtssozialisten die Klarheit schaffen, daß man selbst nicht ein Stück Weges mit ihr zusammengehen kann. Wir verlangen von der Regierung, daß sie ein Notgesetz vorlegt, das

dem Reich 25 Prozent der Anteile an den Gesellschaften

überträgt. Dem Sturz der Mark wäre mit einem Schlage Einhalt geboten. Auch die Landwirtschaft muß herangezogen werden. Nur die Sachwerte haben ihren Goldwert behalten. Sie liefern Erträge, die in dem Maße steigen, wie die Geldentwertung fortschreitet. Das ist das wirkliche Problem der Erfassung der Goldwerte. Steuern werden jetzt in Papiermark erhoben. Der Gegensatz zwischen Steuermark und Veranlagungsmark steigt daher in dem Maße, wie die Geldentwertung zunimmt. Die Papiermarkbesitzer sind bereits expropriirt. Die Erfassung der Goldwerte ist deshalb notwendig aus sozialen Gründen. **Die Geldentwertung steigert die Steuerbelastung der Festbesoldeten, sie vermindert sie bei den Sachwertbesitzern.** Das ist ein unerträglicher Zustand. **1920 haben die Lohn- und Gehaltsempfänger an zuviel erhobenem Lohnabzug 300 bis 400 Millionen Mark zuviel gezahlt.** Die Erfassung der Goldwerte bringt große Vorteile. Sie vereinfacht und erspart die Veranlagung und die Kontrolle, sie erschwert die Hinterziehung und paßt den Ertrag der Geldentwertung an. Sie wirkt der Gefahr der Ueberfremdung entgegen, besitzt ihre Vorteile, aber nicht ihre Nachteile. **Wer die Erfassung der Goldwerte ablehnt, sagt den breiten Massen des Volkes den Kampf an.** Auch die nichtsozialistischen Arbeiter und Angestellten wollen sie.

Die Erfassung der Goldwerte ist leider noch keine Sozialisierung. Aus der gegenwärtigen Notlage gibt es als einzig erlösenden Weg nur den Sozialismus. Wir rufen deshalb die Arbeiter auf zum Kampf für den Sozialismus; nicht mit dem Kapitalismus, sondern gegen die Kapitalistenklasse muß die Arbeiterklasse ihren Weg gehen. Dann wird sie die Kraft gewinnen, ihre Ziele zu verwirklichen und damit die Menschheit aus dem jetzigen Elend zu erlösen. (Lebh. Beifall bei den U. S.)

Reichsfinanzminister **Hermes** wendet sich gegen eine Anzahl im Laufe der Debatte gegen ihn erhobener Angriffe.

Ein Vertagungsantrag Koenen (Komm.) wird abgelehnt.

Abg. **Höllein** (Komm.): Wir lehnen die Vorlagen der Regierung ab. Es müssen durchgreifende Maßnahmen getroffen werden. Auch die Kreditaktion, die von den Industriellen eingeleitet wurde, führt nicht zum Ziele. Die Forderungen, die die Industriellen mit dieser Aktion verbinden, sind nichts als

eine gewaltige politische Erpressung

gegenüber dem gesamten deutschen Volk. Die Steuerpolitik muß andere Bahnen beschreiten. **Nur die Erfassung der Goldwerte kann uns retten.**

Abg. **Curt Geyer** (Komm. Arbg.): **Steuerfragen sind Machtfragen. Das ist jetzt auch den besitzenden Klassen erneut zum Bewußtsein gekommen.** Sie nutzen ihre Macht. Die Steuervorlagen, wie der ganze Finanzplan der Regierung, sind unzulänglich und für uns unannehmbar.

Nach **persönlichen Bemerkungen** der Abgg. **Braun** (Soz.) und **Becker** (D. Vp.) erfolgt die Abstimmung. Die Verbrauchssteuern, das Branntweinmonopolgesetz und die Besitzsteuern werden je einem Ausschuß überwiesen.

Als der Präsident vorschlägt, die nächste Sitzung am Donnerstag abzuhalten, erhebt Schultz-Bromberg (Dtn.) Widerspruch: Der 9. November ist kein Feiertag. **Nur Arbeit kann uns retten.**

Abg. **Müller-Franken** (Soz.) entgegnet: Bisher war es Sitte, auf Wunsch einer Fraktion einen Tag sitzungsfrei zu machen. Daß die Deutschnationalen nicht das Bedürfnis zur Feier des 9. November haben, begreife ich.

Abg. **Crispien** tritt ebenfalls für den Vorschlag des Präsidenten ein, desgleichen Henke (U. S.), Koenen (Komm.), Hoffmann (Komm. Arbg.) und Marx (Ztr.). Als es zur Abstimmung kommen soll, bezweifelt Müller-Franken die Beschlußfähigkeit des Hauses. Das Haus ist **beschlußunfähig.** Der Präsident Loebe ordnet die nächste Sitzung auf Donnerstag 1 Uhr an. Tagesordnung: Interpellationen, Nachtrag zum Besoldungsgesetz.

Die Partei Wetterfahne

Die Kommunisten vergießen seit Tagen in ihrer „Roten Fahne" Tränen des Unmuts darüber, daß sie bei der Demonstration der Berliner Belegschaft am heutigen Tage nicht beteiligt sind. Im Zorn über diese schlechte Behandlung fordern sie ihre Anhänger auf, doch mitzumachen, und wir sind sicher, daß wir auf den Demonstrationsplätzen auch kommunistische Redner auftreten sehen werden. Wir erwarten ferner, daß die Fichtmänner und ähnliche Brüder solche Gelegenheit benutzen werden, um hier und da einen kleinen Skandal hervorzurufen.

Wir haben nun keinen Anlaß, die kommunistisch gesinnten Arbeiter etwa als ungebetene Gäste zu behandeln, wenn sie im Rahmen unserer Disziplin und in Reih und Glied mit den Genossen der anderen Richtungen demonstrieren wollen. Aber wir möchten doch an das Verhalten erinnern, dessen sich die K. P. D. im vorigen Jahre gegenüber der Demonstration am 9. November befleißigte. Damals sollte durchaus der 7. November, der Tag der russischen Revolution, auch in Deutschland als Kampftag der Arbeiterklasse gelten. Und über den 9. November lesen wir in einem Aufruf in der „Roten Fahne" vom 7. November 1920 folgendes:

„Am 9. November wollten die Scheidemänner und die Dittmann-Hilferding-Crispien, daß Ihr den Tag der Revolution feiert. Ihr habt keine Veranlassung, diesen Tag zu feiern."

Damals so — heute das Gegenteil. Damals gegen die anderen proletarischen Parteien — heute mit ihnen. Diese Erinnerung zeigt, daß mit dieser wetterwendischen Gesellschaft in der Tat kein Bund zu schließen ist. Es kommt ihnen darauf an, genau das Gegenteil von dem zu tun, was die Parteien der anderen Richtung wollen. Darin allein bleiben sie ewig gleich. Und darum erklären sie diesmal, sie seien bereit, an der Demonstration teilzunehmen, weil sie nicht aufgefordert worden sind. Wie ihre Haltung gewesen wäre, wenn sie zur Teilnahme aufgefordert worden wären, bleibt höchst zweifelhaft.

Immerhin: wenn kommunistische Arbeiter gemeinsam mit unseren Genossen demonstrieren wollen, so wird sie niemand hindern. Aber für Disziplin werden unsere Ordner zu sorgen wissen.

Schwere Sturmkatastrophe bei Düren

Einsturz des Pfarrturms — fünf Mädchen getötet

Düren, 8. November.

Wie die „Dürener Zeitung" schreibt, ist am Sonntag gegen 4 Uhr infolge des furchtbaren Sturmes in Elsdorf der Turm der Pfarrkirche eingestürzt. Der Turm schlug auf das Mittelschiff und den Chor und begrub zwölf Mädchen unter sich, die nach Beendigung der Andacht wegen des heftigen Regens noch zurückgeblieben waren. Fünf konnten nur als Leichen geborgen werden, während die anderen mit mehr oder minder schweren Verletzungen davonkamen. Die Kirche bietet in ihrer Zerstörung einen grausigen Anblick.

Aus Hamburg wird gemeldet: Der orkanartige Sturm riß das im Fährhafen von Burg (Fehmarn) liegende Fährschiff los und entführte es in den Fehmarnsund, wo die hochgehenden Wellen es auf holsteinischer Seite 200 Meter weit auf den Strand warfen. Bei fallendem Wasser war keine Möglichkeit, das Schiff frei zu bekommen, so daß Fehmarn ohne Fährverbindung mit dem Festlande ist.

Die gestern gemeldeten Störungen im Fernsprechverkehr bestehen größtenteils noch fort. Im Inlandsverkehr sind die durch den Freistaat Sachsen führenden Leitungen infolge Schneesturms stark in Mitleidenschaft gezogen. Durch Umbruch eines Gestänges bei Großenhain ist der Sprechverkehr mit Dresden ganz unterbrochen, zum Teil sind dadurch auch Verbindungen nach Bayern (München, Würzburg) gestört. Im Verkehr mit Westdeutschland sind die Leitungen gestört mit Köln, Düsseldorf, Aachen, Crefeld, Essen, Mülheim, Bochum, Münster, Minden, Bielefeld, Duisburg, Gelsenkirchen, Coblenz, Mainz und Wiesbaden. Gestört ist ferner die Mehrzahl der nach Frankfurt (Main) führenden Leitungen. Im Fernsprechverkehr mit dem Auslande fehlt insbesondere die Verständigung mit Wien Prag, Budapest, Paris, Rotterdam und Kopenhagen.

Im Verkehr des Berliner Haupttelegraphenamts mit dem In- und Auslande ist der gestrige Störungsstand noch ziemlich unverändert.

Bei **Hautausschlag, Flechten, Bein- und Krampfadergeschwüren, Hämorrhoiden** ist

San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe seit 100 Jahren

ein bestbewährtes und schnellwirkendes Mittel. Original-Dose 7.50 und 14.50 M.

Elefanten-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Str. 74 am Dönhoffplatz Fernsp. Centr. 71..

Höhensonnen-Behandlung Diathermie, Licht-, Vierzellenbäder usw. gewähren **größte Heil-Erfolge** gegen **Grippe** und **Erkältungen** aller Art, **rheumatische** und **nervöse Leiden, Schlaflosigkeit, Blutarmut** und **viele andere Krankheiten**

15 Behandlungen von M. 80.— an. — Prospekte und Auskünfte kostenlos

Haus Oranien **Elektromedizinische Anstalt** ersten Ranges unter Leitung von Aerzten, auch einer Aerztin **und Höhen-Sonnenbad** **Oranienstr. 37**

Annahme in allen Speditionen des Verlages

Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Überschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto; Stellengesuche: Überschriftswort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.— M.

Verkäufe

Auf Teilzahlung. Herren-Anzüge, Cutaways, Raglan, Ulster, Schlüpfer. Maßarbeit, moderne Sachen, bequeme diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb, Rollendorfstr. 22 a, II. Etage, nahe Rollendorfplatz. Geöffnet 9—7.

Anzüge, Schlüpfer, Ulster 125.—, Gummimäntel 185.—, elegante Damenmäntel 150.—, Kreuzfüchse 185.— usw. Riesenauswahl zu fabelhaft billigen Preisen in besten Qualitäten. Keine Lombardware. Leihhaus Boxhagener Str. 47, Lichtenberg.

Silberfüchse 300.—, Kreuzfüchse 300, Wölfe 400, Weißfüchse, Zobel-, Alaskafüchse, Skunks, Marder enorm billig. Pelzmäntel 2500, Sportpelze 800, Gehpelze. Ferner Herrenanzüge, Ulster, Cutaways, Kostüme, Mäntel, Teppiche, Gardinen, Wäsche verkauft Leihhaus, Moritzplatz 58a. Keine Lombardware.

Pelzwarenwegner, Potsdamer Str. 43. Spottbilliger Pelzverkauf mehrerer hundert neuer echter Pelzwaren, keine Versatzwaren, echte Fuchskragen, Fuchsmuffen 95.00 an, Kreuzfüchse, Blaufüchse, Seefüchse, Zobelfüchse, Silberschakale 195.00 an, gefärbte echte Weißfüchse, Wolfskragen 495.00 an, Prachtvolle Silberwölfe, Silberfüchse, Zobelfüchse, Kreuzfüchse, Rotfüchse, Skunkskragen, Skunksmuffen, Nerzgarnituren, Iltisgarnituren fabelhaft billig. Damenpelzkragen, Damenpelzmuffen 48.00 an, Backfischgarnitur. 75.00 an, Kindergarnituren 45.00 an. Gelegenheiten vieler anderer Waren. Verkaufsstunden neun bis eins, drei bis sechs.

Restehaus Pelz, Kottbuser Straße 5. Kammgarne, Gabardine, Tuche, Seiden, Futterstoffe. Stoffe für Herren- und Knabenanzüge, fertige Mäntel, Kostüme, Röcke sehr preiswert.

Musikfreunde kaufen billigst. (Reparaturen fachmännisch.) „Lyra", Schwedterstr. 254

Spottbillig Pelzwaren. Naturfüchse, Kreuzfüchse, Alaskafüchse jetzt 58.—, 98.—, 115.— usw., Silberfüchse, Zobel, Weißfüchse, Skunkse, Opossum und alle anderen Pelzarten ganz enorm im Preise herabgesetzt. Damenpelzmäntel, Damenpelzhüte, Pelzbesätze. Herrenkragen 68.— Mark. Alles nur Gelegenheitskauf Spezial-Pelzwaren-Haus Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 113/114, nicht irren, nur 113/114. Zweites Haus von der Kantstraße. Ununterbrochen geöffnet von 8 bis 7.

Wölfe, Kreuz-, Silber-, Alaskafüchse, Opossumkragen, selten schöne Exemplare, zu spottbilligen Preisen. Gelegenheitskäufe: Anzüge, Ulster, Paletots, Schlüpfer, aus erstklassigen Maßstoffen in prima Verarbeitung. Keine Lombardware. Leihhaus Friedrichstr. 2, Hallesches Tor.

Herrenhüte 68.50. Trotz Preissteigerung verkauft neueste Formen, beste Qualitäten für obigen Spottpreis Hutformenvertrieb A. Bernstein, Cöpenickerstr. 76, Eingang Brückenstr. 1.

Billigste Bettwäsche! Solange Vorrat! Deckbettbezüge von 72.—, Laken 38.—, Inletts 120.—, Wäschestoffe, Handtücher Engrospreise. Aussteuer Sonderrabatt. Fachmännische Bedienung. Wäschefabrik Gräfestraße 30 (Hasenheide). Aeltestes Spezialgeschäft. Geöffnet bis 7.

Central-Leihhaus, Jägerstraße 71, Ecke Kanonierstraße, täglicher Verkauf von hochelleganten Anzügen, Cutaways, Smokings und Frackanzügen von 150 Mark an. Schlüpfer, Raglans zu spottbilligen Preisen. Keine Lombardware.

Kinderwagen, Klappsportwagen, Puppenwagen, Kinderdrahtbettstellen, neue und gebrauchte, verkauft billigst Schwarzmann, Kottbuser Damm 98 II.

Tapeten, Wachstuche, Dauerwäsche verkauft Spillat, Kolonieftraße 9.

Räderweiblich. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Ersatzräder. Kinderwagen, Puppenwagen. Weiblich, Brunnenstraße 96 (Humboldt 874).

Kreuzfuchs 275, Silberfuchs 300, echter großer Skunkskragen 500, herrlicher Blauwall, Opossumkragen. Feige, Brüderstr. 42 II, Schloßplatz. Kein Laden.

Billige Bettwäsche! Deckbettbezug 75.—, Kissen 24.—, Bettlaken 40.—, bunte Bezüge 90.—, Handtücher, Wäschestoffe Engrospreise. Streng reell, nach riesige Auswahl. Kein Verkauf an Ausländer. Berliner Bettwäschefabrik, Chausseestraße 88 (Haltestelle Liesenstraße). Geöffnet bis 7. Größte Spezialfabrik mit Detailverkauf.

Gelegenheitskäufe. Gute und billige Bücher jeder Art findet man stets in der Buchhdl. „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Werkzeuge und Maschinen

Kugellager, Magnete, Vergaser, Zündkerzen kauft Pilz, Reinickendorfer Str. 93, Hof part. links.

Möbel

Chaiselongues 100,—, Chaiselonguedecke 75,—, Metallbetten 160.—, Kinderdrahtbett. Weicke, Auguststraße 31a, Dugb.

Rehfeld, Badstraße 34. Moderne Küchen, 1a Lackfarbe, herrliche Verglasung, 495.—. Schlafzimmer Eiche, weiß und Nußbaum imit., 2960 Mark. Stube und Küche, 14 Teile, 2220 M. Seltene Gelegenheitskäufe, auch gebrauchte. Versand nach außerhalb. Hausnummer achten.

Möbelspeicher „Gesundbrunnen", Badstr. 31. Seltene Gelegenheit in Schlafzimmern, Spezialität Stubeneinrichtung., neu und gebrauchte, Küchen prima Emaillelack, gebrauchte 275. Auch außerhalb.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9

Teilzahlung. Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, farbige Küchen in seltener Auswahl, bequemste Zahlweise bei kleinster An- und Abzahlung, verkauft Möbel-Cohn, Große Frankfurter Str. 58 (5 Minuten vom Alexanderplatz), im Norden: Badstraße 47-48

Teilzahlung, bequemste An- und Abzahlung. Spezialität: Stube und Küche, einzelne Möbel. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Gärlich, Stralauer Platz 1-2, Ecke Fruchtstr. (Schles. Bahnh.)

Kaufgesuche

Velourteppiche, andere Decken, Läufer, Schulmann, Winterfeldstraße 32. Kurfürst 4070.

Schellack, Leim kauft höchstzahlend Krüger, Elisabethstraße 17.

Schellack, Leim, Malerartikel kauft jeden Posten. Farbenkeller, Linienstraße 199a (Rosenthaler Platz). Norden 5053.

Schallplatten, Walzen, alte, kauft Metallkontor, W. John, Alte Jakobstraße 138, Hallesches Tor.

Sämtliches Elektromaterial kauft Einkaufszentrale Jennstr. 52. Moabit 6934.

Glühstrumpfasche kauft Bämel, Elsasser Str. 25a, I.

Hilferding, „Das Finanzkapital". Broschiert oder gebunden kauft Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Schellack, Leim, Firnis u. w. sucht Farbenhaus Neue Königstr. 87. Königst. 3091.

Geld-Verkehr

Betriebskapital, Gelddarlehen, Ratenrückzahlung. Richter, Invalidenstr. 146, II.

Rechtsauskünfte

Richter, ehemaliger, gewissenhaft. Rechtsbeistand. Lothringer Str. 47 (Rosenthaler Platz).

Mietgesuche

Möbliertes Zimmer, nahe U.-E.-G. Brunnenstr., sucht Parteigenosse. Angebote abzugeben „Freiheit"-Spedition, Hussitenstr. 43.

Ansiedlungen

Fredersdorf

eingezäunte Parzellen 1500.— Anzahlung. Siedlungsverein, Steglitz, Treitschkestraße 15.

Verschiedenes

Wanderfreunde finden die schönsten Fahrten und Wanderungen in dem Buch von Paul John, „Ueber See und Heide". Geschmackvoll gebund. 8.— Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Kleide Dich billig, elegant!

im Leihhaus Moritzplatz 58a.

Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer, teils auf Seide, **jetzt für 400—600 M.** Ferner **Damen-Kostüme, -Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig! Pelzwaren: Kreuzfüchse 300, Zobelfüchse 400. Blau-, Silberfüchse, Skunks, Wölfe, Luchse. Sportpelze 800, Gehpelze 1500, Pelzmäntel 2500.** **Keine Lombardware!**